

Zeitschrift für angewandte Chemie.

XIX. Jahrgang.

Heft 35.

31. August 1906.

Alleinige Annahme von Inseraten bei den Annoncenexpeditionen von August Scherl G. m. b. H., und Daube & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 12, Zimmerstr. 37—41

sowie in deren Filialen: **Bremen**, Obernstr. 18. **Breslau**, Schweidnitzerstr. 11. **Dresden**, Seestr. 1. **Elberfeld**, Herzogstr. 88. **Frankfurt a. M.**, Kaiserstr. 10. **Hamburg**, Alter Wall 78. **Hannover**, Georgstr. 39. **Kassel**, Obere Königstr. 27. **Köln a. Rh.**, Hohestr. 145. **Leipzig**, Petersstr. 19. **Magdeburg**, Breiteweg 184. **München**, Kaufingerstraße 25 (Domfreiheit). **Nürnberg**, Kaiserstraße Ecke Fleischbrücke. **Stuttgart**, Königstr. 11, I **Wien I**, Graben 28.

Der Insertionspreis beträgt pro mm Höhe bei 45 mm Breite (3 gespalten) 15 Pfennige, auf den beiden äußeren Umschlagseiten 20 Pfennige. Bei Wiederholungen tritt entsprechender Rabatt ein. Beilagen werden pro 1000 Stück mit 10.50 M für 5 Gramm Gewicht berechnet; für schwere Beilagen tritt besondere Vereinbarung ein.

I N H A L T:

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Nürnberg am 6.—8. Juni 1906.

3. Geschäftliche Sitzung 1489.

E. Pescheck: Eine Abänderung des O. Foerstterschen Fettextraktionsapparates 1513.

Referate:

Analytische Chemie, Laboratoriumsapparate und allgemeine Laboratoriumsverfahren 1513; — Chemische Technologie (Apparate, Maschinen und Verfahren allgemeiner Verwendbarkeit) 1518; — Farbenchemie 1523.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil:

Tagesgeschichtliche und Handelsrundschau: Der Arbeitsmarkt im Juni 1906; — Der Zoll auf Kunstseide in den Vereinigten Staaten 1527; — Die Mineraliengewinnung in Kanada; — Der Außenhandel Japans 1528; — Die Bleischmelzerei in Britisch Columbia; — Natürliche Soda in Wyoming; — Neuer kutanisch-amerikanischer Handelsvertrag; — Monazit in Transvaal 1529; — Paris; — Wien; — Bergbau-Vorschriften; — Handelsnotizen 1530; — Aus anderen Vereinen: Internationaler Verein der Lederindustrie-Chemiker; — Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands 1531; — Personal- und Hochschulnachrichten; — Neue Bücher; — Bücherbesprechungen 1532; — Patentlisten 1534.

Verein deutscher Chemiker:

Dankschreiben von Prof. van't Hoff; — Berichtigung 1536.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker

in Nürnberg am 6.—9. Juni 1906.

3. Geschäftliche Sitzung

im großen Hörsaal des bayer. Gewerbemuseums
am Donnerstag, den 7. Juni Nachm. 3 Uhr.

Der Vorsitzende, Medizinalrat Dr. E. A. Merck eröffnet die Sitzung um 3 Uhr nachmittags und stellt fest, daß die Einladungen zur Hauptversammlung und deren Tagesordnung zu den satzungsgemäßen Terminen veröffentlicht worden sind. Zum Protokollführer wird der Geschäftsführer, Herr Dr. Gustav Keppeler ernannt. Zur Beurkundung des Protokolles der Sitzung werden auf Vorschlag der Versammlung folgende Herren ernannt:

Dr. Flimm - Darmstadt;
Prof. Dr. von Cochenhausen - Chemnitz;
Prof. Dr. Knoevenagel - Heidelberg;
Dr. Raschig - Ludwigshafen;
Dir. Russig - Schwientochlowitz;
Dir. Dr. Scheithauer - Waldau;
Carl Scriba - Darmstadt.

Die Versammlung tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Derselbe liegt gedruckt vor (s. S. 1442) und wird von der Versammlung ohne Debatte genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1905, Bericht der Rechnungsprüfer.

Die Jahresrechnung für 1905 liegt ebenfalls gedruckt vor (s. S. 1449). Herr Dir. Lütty - Mannheim erläutert kurz die Abrechnung und verliest das Protokoll der Rechnungsprüfer. Auf Vorschlag

von Herrn Prof. Dr. von Cochenhausen - Chemnitz wird dem Vorstand und Geschäftsführer Entlastung erteilt.

3. Haushaltsplan für 1907

(s. S. 1450.)

Der gedruckt vorliegende Haushaltsplan wird von Herrn Dir. Lütty - Mannheim erläutert und auf dessen Vorschlag von der Versammlung genehmigt.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes

(s. S. 1451.)

Vorsitzender: M. H.! Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, in diesem Jahre Herrn Prof. Dr. van't Hoff zum Ehrenmitglied zu ernennen. (Begründung s. S. 1451.)

Da niemand das Wort wünscht, nehme ich an, daß Sie alle damit einverstanden sind, daß wir Herrn Prof. Dr. van't Hoff zum Ehrenmitglied ernennen. (Lebhaftes Bravo!)

Ihr Bravo genügt, dann brauchen wir nicht abzustimmen, wir werden Herrn Prof. Dr. van't Hoff telegraphisch von der Wahl benachrichtigen¹⁾. Wir gehen zu Punkt 5 unserer Tagesordnung über.

5. Vorstandswahl, Neuwahl des Vorsitzenden und eines Beisitzers (s. S. 1451.)

Nach unseren Satzungen haben dieses Jahr auszuscheiden der Vorsitzende und Geheimrat Prof.

¹⁾ Antworttelegramm und Dankschreiben an den Vorsitzenden siehe diese Z. 19, 1077 und 1536 (1906).

Dr. Delbrück. Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen nach eingehender Beratung folgendes vor: An die Stelle des ersten Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. Duisberg; für das Amt des zweiten Vorsitzenden Herrn Dir. Dr. Krey, als Beisitzer Herrn Prof. Dr. Delbrück wieder zu wählen und ferner Herrn Dr. Carstens-Hannover ebenfalls als Beisitzer zu wählen. Wünscht hierzu jemand das Wort?

Geheimrat Dr. Lehne: Ich habe nur den einen Wunsch, daß über die Person des zuletzt genannten Herrn, der vielleicht vielen der hier Anwesenden noch nicht bekannt ist, eine ganz kurze Auskunft gegeben wird, wie wir sie bereits im Vorstandsrat erhalten haben.

Vorsitzender: Die Hauptursache, weshalb wir bei den Herren Mitgliedern des Vorstandsrats angefragt haben wegen eines Vorstandsmitgliedes, war, daß wir es für nötig erachtet haben, eine jüngere Kraft in den Vorstand zu wählen. Wir haben uns auf den Vorschlag des Bezirksvereins Hannover gestern im Vorstandsrat für Herrn Dr. Carstens entschieden. Ich glaube, eine nähere Begründung wird kaum nötig sein; wir haben ja gestern zur Genüge alles durchgesprochen.

Wünscht noch einer der Herren das Wort? — Das ist nicht der Fall; dann will ich zur Abstimmung schreiten. Wer dafür ist, daß Herr Prof. Dr. Duisberg 1. Vorsitzender wird, den bitte ich, sich zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich.) Herr Prof. Dr. Duisberg ist einstimmig zum 1. Vorsitzenden bis 1909 gewählt. Ich frage Herrn Prof. Dr. Duisberg, ob er die Wahl annimmt.

Prof. Dr. C. Duisberg: M. H.! Ihre einstimmige Wahl, mit der Sie mich zum Vorsitzenden ernannt haben, ehrt mich außerordentlich. Ich bin mir der Tragweite dieses Amtes voll und ganz bewußt. Sie kennen mich schon seit zehn Jahren als Vorstandsmitglied und wissen, wie mir der Verein ans Herz gewachsen ist. Solange sich unser Verein noch in der Entwicklung befindet, wird der Schwerpunkt beim Vorstand und vor allem beim Vorsitzenden liegen. Große Aufgaben hat der Vorsitzende zu erfüllen und schwere Verantwortung ruht auf ihm, vor allem in der kommenden Zeit, wenn wir uns, wie ich glaube, wieder einer neuen Entwicklung entgebewegen.

Wir müssen dafür sorgen, daß das Leben in dem Verein neue Kräftigung erfährt, daß neue Anregungen den Bezirksvereinen geboten werden. Unsere Vereinszeitschrift, die sich ja glänzend entfaltet hat, muß immer weiter entwickelt und noch mehr gehoben werden. Endlich und hauptsächlich müssen wir dafür sorgen, daß unsere Hauptversammlungen an Interesse gewinnen, nicht durch Veranstaltungen von Festlichkeiten, sondern durch Anregungen in wissenschaftlicher und technischer Beziehung, ohne daß aber, wenn wir der sich mehr und mehr auch in unserem Fache bemerkbar machenenden und notwendigen Spezialisierung Rechnung tragen, eine Zersplitterung eintritt. Schon jetzt haben Gruppenbildungen stattgefunden, indem sich z. B. die Vertreter der Mineralölindustrie zu einer Vereinsgruppe zusammengeschlossen, indem der hannoversche und der sächsische Bezirksverein sich zu einem Kalitage zusammengefunden haben. Noch

weitere Gruppenbildungen stehen bevor. Diese Gruppen müssen in unserem Vereinsorganismus, in unserem Vereinsgebäude bequeme Unterkunft finden können. Wir müssen daher unserem Verein eine neue Organisation geben, und diese sollte bei den Hauptversammlungen zur Geltung kommen, ähnlich, wie dies beim Kongreß für angewandte Chemie in Berlin in so vollendeter Weise der Fall war. Unsere Hauptversammlungen sollen allen chemischen Fachkreisen Interesse bieten durch einen allgemeinen Teil, wie heute vormittag, in welchem glänzende Vorträge mit Experimenten, die alle interessieren, gehalten werden. An den folgenden Tagen müssen sich dann die Vertreter der verschiedenen Fächer zu Gruppen auf ihren Spezialgebieten zusammenfinden, in denen dann jeder nach seinem Belieben und nach seinem Interesse sich betätigen kann.

Um dies aber durchzuführen, bedürfen unsere Satzungen einer Änderung. Der Vorstand hat denn auch beschlossen, demnächst eine Kommission einzuberufen, welche sich mit den Vorbereitungen hierfür beschäftigen soll. Kurzum, m. H., Sie sehen, eine Fülle von neuen Aufgaben erwachsen dem Vorstände, und ich bin gern bereit, die Lösung dieser Aufgaben mit zu übernehmen, soweit das in meinen Kräften steht, und meine geschäftliche Tätigkeit dies zuläßt.

Nach allem aber, was Sie soeben gehört haben, ist das Amt des Vorsitzenden ein außerordentlich schwieriges und verantwortungsreiches. Sechs Jahre hindurch, sechs lange, schwere Jahre hindurch, hat unser hochverehrter Vorsitzender, Herr Medizinalrat Dr. E. A. Merck, nun dieses Amtes gewaltet und in ebenso ausgezeichnete wie geschickte Weise die Geschäfte des Vereins geführt. Es gebührt sich, daß wir ihm jetzt, wo er zurücktritt, wo, wie Sie wissen, die Statuten eine erneute Wiederwahl nicht zulassen, unseren herzlichsten Dank aussprechen. Ich bitte Sie daher, sich zum Zeichen dieses Dankes von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich nehme also die Wahl als Vorsitzender vom 1. Januar 1907 ab mit bestem Dank an. (Lebhaftes Bravo!)

Vorsitzender: M. H.! Als Sie mir seinerzeit die Ehre gaben, mich zu Ihrem Vorsitzenden zu wählen, habe ich Ihnen versprochen, ich wollte tun, was in meinen Kräften stünde. Ich kann Ihnen sagen, das habe ich auch versucht, wenn es mir auch nicht immer ganz so gelungen ist, wie ich vorher gehofft hatte, und wie es vielleicht nötig gewesen wäre. Die Arbeit war oft eine recht große, aber es war mir immer eine liebe, und ich kann Sie versichern: Die Erinnerung an meine Amtsperiode wird immer die schönste Blume im Kranz meiner Erinnerung bleiben. (Lebhaftes Bravo!)

M. H., wir gehen weiter! Ich frage, ob Sie damit einverstanden sind, daß Herr Dir. Dr. Krey zweiter Vorsitzender wird, und zwar bis Ende 1907. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich.) Herr Dir. Dr. Krey ist für den Rest der früheren Wahlzeit des Herrn Dir. Prof. Dr. Duisberg bis Ende 1907 gewählt.

Dir. Dr. Krey-Webau: M. H.! Nachdem der künftige erste Vorsitzende sein Programm entwickelt

hat, erübrigt sich für mich nur, zu sagen, daß ich bemüht sein werde, ihn in diesen Bestrebungen, die er soeben dargelegt hat, nach Kräften zu unterstützen. Auch ich nehme die Wahl mit Dank an. (Bravo!)

Vorsitzender: M. H.! Wer für die Wiederwahl des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück ist, und zwar bis Ende 1909, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Herr Geheimrat Prof. Dr. Delbrück ist bis Ende 1909 als Beisitzer im Vorstand gewählt.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Delbrück: Ich nehme die Wahl mit bestem Dank an. (Bravo!)

Vorsitzender: M. H.! Wer für die Wahl des Herrn Dr. Carstens-Hannover als Beisitzer unseres Vorstandes ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Herr Dr. Carstens ist einstimmig gewählt, und zwar als Beisitzer im Vorstand, als Ersatz des an die Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden rückenden Herrn Dir. Dr. Krey für die Dauer von dessen Mandat bis Ende 1907.

Dr. R. Hase: Ich bin von Herrn Dr. Carstens ermächtigt, zu erklären, daß er der Versammlung für das Vertrauen dankt und die Wahl annimmt.

Vorsitzender: Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

6. Wahl von zwei Rechnungsprüfern. (s. S. 1454).

Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, die beiden Herren vom vorigen Jahre, die Herren Prof. Dr. Kolb und Dr. Flimm wieder zu wählen. Sind die Herren damit einverstanden? — Es erhebt sich kein Widerspruch, die beiden Herren sind also wiedergewählt. Die Herren werden auch die Wahl annehmen.

7. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1907 (s. S. 1454).

Der Vorsitzende teilt mit, daß seitens der Chemiker Danzigs eine Einladung vorliegt, der Verein möge seine nächstjährige Hauptversammlung in Danzig abhalten, und daß der Herr Oberbürgermeister Danzigs mitgeteilt hat, daß die Stadt Danzig sich freuen würde, wenn der Verein die Einladung annimmt. Die Versammlung nimmt unter lebhaftem Beifall die Einladung nach Danzig an und erklärt sich damit einverstanden, daß die Hauptversammlung wieder in der Woche nach Pfingsten stattfinden soll.

8. Berichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift, Abrechnung für 1905 und Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im Jahre 1905. Referenten: Dir. Fritz Lütty, Prof. Dr. Rasso.

Dir. Fritz Lütty: M. H.! Die Verwaltung der Vereinszeitschrift ist in der angenehmen Lage, Ihnen in diesem Jahre ein etwas besseres Ergebnis des Zeitschriftunternehmens vorzulegen, als es im vorigen Jahre möglich war. Die Einzelheiten habe ich gestern im Vorstandsrat vorgetragen. Ich möchte Ihnen nur in summarischen Zahlen sagen, daß die Herstellung der Zeitschrift, die in wesentlich vermehrter Auflage erschienen ist, im Selbst-

kostenpreise um M 5 200 heruntergegangen ist. Wir haben also eine ganz erkleckliche Ersparnis eintreten lassen können, und, wie ich glaube, ohne daß wir die Zeitschrift im Laufe des letzten Jahres etwa verschlechtert hätten. Der Absatz, den die Zeitschrift gefunden hat, ist im Laufe des verflossenen Jahres erheblich gestiegen. Diese Steigerung des Absatzes ist vornehmlich durch das Wachstum des Vereins, dann aber auch durch die im Buchhandel mehr abgesetzten Exemplare verursacht. Sehr erfreulich ist es, daß auch die Inserate und Beilagen bedeutend mehr erbracht haben, als im Jahre vorher; hoffentlich hält dieser schöne Aufschwung auch fernerhin an.

Trotz alledem ist unsere Zeitschrift bezüglich des Inseratenwesens und der Benutzung namentlich zum Inserieren durch unsere Mitglieder bei weitem nicht auf der Höhe, die sie erreichen müßte, und ich richte, wie i. V., an Sie die Bitte, auch Ihrerseits zur Erhöhung der Einnahmen der Zeitschrift beizutragen, indem Sie die Zeitschrift häufiger als Insertionsorgan benutzen. Diejenigen Herren, welche leitende Stellungen in unseren Fabriken einnehmen, sind ohne weiteres dazu in der Lage.

M. H.! Was den Gesamtabschluß der Zeitschrift betrifft, so bleibt nur ein kleiner Überschuß von 1372,59 M, den ich dem Reservefonds der Zeitschrift zu überweisen bitte. Ich bemerke bezüglich des Unternehmens selbst, daß der Reservefonds der Zeitschrift durch diese Zuweisung den Betrag von 24 344,46 M erreichen wird. Wir haben aber à conto der Schuld an Springer aus dem Reservefond 10 000 M abgezahlt, so daß unser Zeitschriftunternehmen nur noch durch eine Schuld von 15 000 M belastet ist. Diese Schuld ist also bis auf wenige Mark durch den Reservefonds der Zeitschrift mit 14 344,46 M vollständig ausgeglichen. Die Abzahlung wird in diesem Jahre mit weiteren 5000 M in Aussicht genommen.

Bezüglich der Entwicklung des Unternehmens selbst bemerke ich, daß wir im Jahre 1903, als wir die Zeitschrift noch durch Springers Hand herausgaben, 1260 Seiten gedruckten Text im Jahre geboten haben. Im Jahre 1904 ist die Erweiterung der Zeitschrift auf 2080 Seiten durchgeführt worden, im Jahre 1905 auf 2096 Seiten und im Januar 1906 hat der Vorstand beschlossen, den Umfang der Zeitschrift auf gleicher Höhe zu erhalten, außerdem aber den gesamten Druck in Petit vorzunehmen. Dadurch werden Ihnen, auf die bisherige Schriftgattung umgerechnet, im Jahre 1906 2760 Seiten Text zugänglich gemacht werden. Der Vorstand glaubt, daß er Ihnen damit eine ganz hervorragende Leistung dargeboten hat. (Lebhaftes Bravo!)

Die Aussichten des Unternehmens für 1906 ergeben sich einerseits daraus, daß in diesem Jahre voraussichtlich wieder eine weitere Absatzvermehrung von rund 150—180 Exemplaren für Vereinsmitglieder erzielt werden wird, ferner daraus, daß sich die Inserate ganz wesentlich gesteigert haben. Ich bitte Sie, Ihrerseits nach Kräften zur Hebung der Zeitschrift beizutragen, indem Sie namentlich auch dafür sorgen, daß die Redaktion in weitgehendster Weise durch Zuwendung von Originalartikeln unterstützt wird, und indem Sie sich die Verbreitung der Zeitschrift in den Kreisen der Fachgenossen dadurch angelegen sein lassen, daß

Sie redlich die Werbetrommel rühren und uns neue Mitglieder zuführen. (Allseitiger Beifall!)

Vorsitzender: Es ist der Antrag gestellt, den Überschuß von 1372,59 M dem Zeitschrift-reservefonds zuzuwenden. Ich denke, die Herren sind damit einverstanden. — Es erhebt sich kein Widerspruch; der Antrag ist also angenommen.

Wir hätten jetzt den Bericht des Herrn Prof. Dr. R a s s o w zu hören, um aber Zeit zu sparen, möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, gleich über den Antrag des Bezirksvereins Frankfurt zu verhandeln:

12. Antrag des Bezirksvereins Frankfurt:

Die Hauptversammlung wolle die Annahme folgender Resolutionen beschließen:

Die in Nürnberg tagende Hauptversammlung erkennt an, daß die Zeitschrift für angewandte Chemie in den letzten Jahren inhaltlich eine wesentliche Verbesserung erfahren hat. Sie ist aber auch der Meinung, daß die Zeitschrift einer weiteren Ausgestaltung bedarf, damit sie den Aufgaben, die sie als Organ des Vereins deutscher Chemiker zu erfüllen hat, vollkommen gerecht werden kann und einer weiteren Zersplitterung der Fachblätter entgegen zu wirken vermag. Zu dem Zwecke empfiehlt die Hauptversammlung dem Hauptvorstand, folgende Maßnahmen zu veranlassen:

1. Schärfere Sichtung des eingehenden Materials.

2. Eine sorgfältigere Pflege des chemisch-technischen Teils mit Rücksicht darauf, daß die Publikationen analytischen Inhalts in der Zeitschrift einen sehr breiten Raum einnehmen, und Artikel aus der chemischen Technik ziemlich selten erscheinen.

3. Heranziehung und Erhaltung tüchtiger Mitarbeiter, insbesondere solcher mit chemisch-technischer Erfahrung.

4. Wiederholte Aufforderung der Vereinsmitglieder, ihre literarischen Beiträge tunlichst dem Vereinsorgan zuzuwenden.

5. Beschleunigung im Verfahren der Aufnahme eingesandter Beiträge.

6. Vollständigere und schnellere Berichterstattung über alle bedeutungsvollen in das Gebiet der angewandten Chemie fallenden Ereignisse, wie auch über Sitzungen und Vorträge von Schwestergesellschaften des In- und Auslandes.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Prof. Dr. F r e u n d bitten, den Antrag des Frankfurter Bezirksvereins zu begründen. Alsdann werden wir die Antwort des Herrn Redakteurs hören.

Prof. Dr. F r e u n d: Bekanntlich sind vor einiger Zeit einige neue Fachblätter erschienen. Das hat wohl allen Bezirksvereinen Gelegenheit gegeben, darüber nachzudenken, ob nicht etwa unsere Zeitschrift bis jetzt etwas versäumt hätte, so daß das Aufkommen neuer Fachblätter dadurch in die Wege geleitet worden wäre. Wir haben deswegen Veranlassung genommen, im Schoße unseres Bezirksvereins nochmals sehr gründlich die Frage der Vereinszeitschrift zu besprechen und sind dabei doch eigentlich zu dem Resultat gekommen, daß sich unsere Zeitschrift in den letzten Jahren außer-

ordentlich gebessert und gehoben hat. Aber immerhin mögen sich bei dem einen oder anderen Mitgliede persönlich oder in dem einen oder anderen Bezirksvereine Wünsche geltend gemacht haben, und es hat uns zweckmäßig geschienen, hier in der Hauptversammlung nochmals die Frage der Vereinszeitschrift zu diskutieren, um etwaige Wünsche unsererseits dem Vorstand gegenüber zum Ausdruck bringen zu können.

Wir haben geglaubt, daß man die Zeitschrift vielleicht doch noch verbessern könnte, wenn man dafür sorgte, daß die Mitteilungen aus der analytischen Praxis zurücktreten gegenüber den Mitteilungen rein chemisch-technischer Natur. Nun sind wir uns ja durchaus bewußt, daß es besonders schwer ist, gerade aus diesem letzteren Gebiete gute Mitteilungen zu erhalten, weil erfahrungsgemäß ein jeder, der über solche Gegenstände etwas mitteilen könnte, zumeist nicht in der Lage ist, dies tun zu dürfen. Aber wir glaubten, daß man doch etwas erreichen könnte, wenn man in der Weise vorginge, wie es von anderen Fachblättern auch geschieht, nämlich, wenn man öfters an diejenigen, welche in der Tat imstande sind, etwas mitzuteilen, herantrete und sie, sei es persönlich, sei es auf schriftlichem Wege, ersuchte, nach dieser Richtung hin der Zeitschrift Mitteilung zugehen zu lassen. Darüber handeln die ersten Punkte der Resolution, die wir zur Annahme in Vorschlag gebracht haben:

1. Schärfere Sichtung des eingehenden Materials.

2. Eine sorgfältigere Pflege des chemisch-technischen Teiles mit Rücksicht darauf, daß die Publikationen analytischen Inhaltes einen sehr breiten Raum einnehmen und Artikel aus der chemischen Technik ziemlich selten erscheinen.

Nun stehen vielleicht einzelne Punkte der Resolution zueinander in einem scheinbaren Gegensatz insofern, als Klage geführt wird über ein zu langsames Erscheinen der eingesandten Mitteilungen, während andererseits wiederum verlangt wird, daß die Vereinsmitglieder zur Einschickung von Beiträgen aufgefordert werden sollen. Der Umstand, daß die Mitteilungen zu langsam erscheinen, hatte seinen Grund nur darin, daß wir für die Zeitschrift eben nur einen bestimmten Fonds aufwenden können, daß wir nicht in der Lage sind, die Anzahl der Druckseiten ins ungemessene zu steigern, weshalb das Material sich leicht anhäuft. Es wäre aber immerhin wünschenswert, wenn alles geschähe, um die Zeitschrift noch mehr auszubauen, und wenn vielleicht etwas größere Mittel nach dieser Richtung hin dem Herrn Redakteur zur Verfügung gestellt würden. Denn zur Herausgabe einer wirklich guten Zeitschrift gehört eben Geld und nochmals Geld und wiederum Geld. Man braucht ja zur Begründung der Wünsche, die wir hier zusammengefaßt haben, eigentlich nicht viel zu sagen; sie sprechen für sich selbst und ich hoffe, daß die Annahme dieser Resolution, die ja eine Anzahl frommer Wünsche in sich schließt, keinen besonderen Schwierigkeiten begegnet.

Prof. Dr. B. R a s s o w: M. H.! Die sehr erhebliche Erweiterung, welche die Zeitschrift im Jahre 1904 erfahren hat, konnte nicht ohne große Opfer von seiten des Vereins erfolgen. Ich habe die

Erweiterung beantragt und die Vergrößerung der Zeitschrift nach den Maximen des Vorstandes durchgeführt, in der Absicht, die Zeitschrift vollständiger und vielseitiger zu gestalten. Schon vor dem Jahre 1904 waren verschiedene neue Spezialzeitschriften zum Teil auch zusammenfassende Zeitschriften erschienen. Dieser immer mehr drohenden Zersplitterung konnte meines Erachtens nur durch eine Vervollständigung der Vereinszeitschrift einigermaßen Widerstand geleistet werden. Das Erscheinen der beiden gelegentlich genannten Zeitschriften dürfte nicht so sehr darauf zurückzuführen sein, daß die Herren, welche auf diesem Gebiete zu publizieren hatten, nicht in anderen Zeitschriften zu Worte gekommen wären. Wenigstens aus dem Gebiete der Sprengstoffchemie habe ich in der ganzen Zeit meiner Redaktionsführung keinen Artikel abgelehnt. Bei den Artikeln über Apparatenkunde bin ich allerdings in mancher Beziehung etwas vorsichtiger gewesen, weil vor nicht langer Zeit der Wunsch laut geworden war, es möchten nicht zu viel Apparatenbeschreibungen bei uns erscheinen. Aber die Ablehnung von meiner Seite ist auch in diesem Falle keine sehr erhebliche gewesen. Ich glaube, wir werden bei allem Streben, unsere Zeitschrift vollständiger zu machen, das Auftreten von neuen Zeitschriften niemals ganz verhindern können; da spielen auch sehr viel andere Beweggründe mit. Aber was in meiner Kraft steht, dagegen zu wirken, daß die Spezialzeitschriften nicht unsere Vereinszeitschrift überwuchern, das soll sicher geschehen.

Nach dem Defizit des Jahres 1904 hat der Vorstand beschlossen, im Jahre 1905 den Umfang der Zeitschrift nicht zu erweitern, sondern einen anderen Erscheinungsmodus eintreten zu lassen. Dieser hat sich nach der Meinung aller, die ich gehört habe, bewährt. Wir werden in dem laufenden Jahre die Zeitschrift, abgesehen vom dem kleineren Druck, auch insofern noch erweitern, als das Register nicht mit auf den Umfang eingerechnet werden wird, dadurch wird zugleich die unerfreuliche Tatsache beseitigt, daß die beiden letzten Hefte fast nur Register und fast gar keinen Lesestoff enthalten. Die Beanspruchung des Raumes zweier Hefte durch das Register war bisher einer der Gründe, daß die Verzögerung in der Veröffentlichung eingesandter Beiträge eintraten, die der Frankfurter Bezirksverein rügt. Niemand bedauert diese Verzögerung mehr als der Redakteur; denn über ihn ergießt sich natürlich die Flut der Briefe derer, die durch das langsame Publizieren gekränkt sind, aber immerhin läßt sich beim besten Willen nicht vermeiden, daß besondere Ereignisse, wie z. B. der internationale Kongreß oder dgl., worüber wir schnell berichten müssen, den anderen Publikationsstoff etwas zurückdrängen.

Auch mein dringender Wunsch ist es, daß unter den Originalartikeln die eigentlichen technischen Artikel überwiegen; aber zu diesen technischen Artikeln gehören auch analytische Artikel. Unsere Mitglieder stehen zum großen Teil so in der Technik, daß sie die Analysen nicht entbehren können, oder sie als ihre Hauptaufgabe zu betrachten haben. Wenn da im vergangenen Jahre von 243 Aufsätzen, von denen ich 222 angenommen habe, 39 dem Gebiete Analyse angehören, und zwar fast ausschließlich dem Gebiete der technischen Ana-

lyse, so glaube ich nicht, daß man das als ein Überwuchern bezeichnen darf.

Immerhin will ich mir die Anregungen des Bezirksvereins Frankfurt zunutze zu machen versuchen. Aber, m. H., bedenken Sie, daß ich schon jetzt sehr viel Stoff von zum Teil ganz regelmäßigen Mitarbeitern eingesandt bekomme, so daß ich, wenn ich an sehr viele Herren um Aufsätze schreiben wollte, in Zukunft nicht mehr wüßte, wie ich den Stoff bei dem festbegrenzten Umfange der Zeitschrift unterbringen sollte.

Eine Art von Aufsätzen, die ich im letzten Jahre weiter gepflegt habe, sind die zusammenfassenden Jahresberichte. Sie sind noch nicht aus allen Gebieten erschienen: aber, m. H., das hängt mit dem festliegenden Umfange der Zeitschrift und mit der Honorargrenze zusammen. Die zusammenfassenden Jahresberichte müssen am höchsten honoriert werden, weil in ihnen eine große Arbeit steckt, ohne daß der Verfasser die Befriedigung hat, eine Originalarbeit publizieren zu können.

Die Rubrik Referate und Patentreferate haben wir sehr erheblich weiter ausgebildet. Den Herren ist ja bekannt, daß vor einiger Zeit Bestrebungen im Gange waren, das Referatwesen in den verschiedenen Zeitschriften zu vereinigen. Dieser Versuch ist aus mehreren Gründen gescheitert; ich habe aber das Scheitern nicht so sehr bedauert, weil wir ein anderes Prinzip des Referierens haben, als z. B. das chemische Centralblatt. Ich habe unseren Berichterstattern die Möglichkeit gegeben, ja, ihnen sogar den Wunsch ausgesprochen, daß sie eventuell einen zu der zu referierenden Arbeit abweichenden Standpunkt begründen könnten. Dadurch erhalten die Referate einen nicht unerheblich höheren Wert, als wenn sie ganz farblos gehalten wären. Diese kritische Berichterstattung möchte ich sehr ungern aufgeben. Was den Umfang des Referatenteiles betrifft, so sind im vorigen Jahre rund 2900 Referate eingegangen, die nicht alle im gleichen Jahre gedruckt werden konnten; darunter befinden sich 844 Patentreferate.

Über die Korrespondenzen und die Handelsnotizen brauche ich wohl nichts zu sagen, ich möchte nur noch einmal die dringende Bitte an die Vereinsmitglieder richten: Arbeiten Sie doch auch an diesem Teile recht viel mit, vor allem an der Rubrik „Personalien“. So vieles, was die Herren in den Bezirksvereinen und in anderen Städten früh erfahren, erfahre ich erst durch die Zeitung und kann es häufig erst acht Tage später bringen, als es in den Zeitungen und anderen Zeitschriften erscheint.

Dann haben wir schon, ehe der Bezirksverein Frankfurt den Antrag gestellt hat, die Rubrik „Aus anderen Vereinen“ eingerichtet, indem wir Berichte aus anderen Vereinen über die Jahresversammlungen und dgl. recht schnell zu bringen versuchen.

Vom Vorstand des Vereins ist eine erhebliche Zahl von Publikationen in den letzten Jahren ergangen, und auch die Mitteilungen aus den Bezirksvereinen haben in erfreulicher Weise zugenommen. Ich habe 74 Bezirksvereinsberichte registriert, gegenüber 56 im Jahre 1904. Diese Berichte sind mit größter Schnelligkeit,

gewöhnlich 8—10 Tage nach dem Eingehen in der Redaktion zum Abdruck gekommen. Ich bin auch verschiedenen Bezirksvereinen sehr dankbar für wertvolle Beiträge zu der Rubrik „Originalmitteilungen“, die ihr Entstehen Vorträgen in den Bezirksvereinen verdanken.

Auch das Register hat im letzten Jahre eine wesentliche Erweiterung erfahren. Es ist von 20 Seiten im Jahre 1903 auf 42 Seiten im Jahre 1904 und 64 Seiten im Jahre 1905 vergrößert worden. Ich glaube, daß die Erweiterung des Registers von höchster Wichtigkeit ist. Wird doch durch sie die Benutzung der Zeitschrift in späterer Zeit vielfach überhaupt erst ermöglicht und in allen anderen Fällen erleichtert!

Im Jahre 1906 bin ich auf dem betretenen Wege noch weiter vorgeschritten; ich habe die Erlaubnis des Vorstandes, auch mehrere Hefte von 48 Seiten hintereinander zu publizieren, sehr eifrig ausnützen müssen, um nur einigermaßen dem Publikationsstoff nachzukommen, wie er bei mir eingeht. Trotzdem war ich, da das nicht bis ins ungemessene so fort gehen kann, in der unangenehmen Lage, eine ganze Anzahl von Artikeln von erheblichem Interesse, darunter solche von angesehenen Autoren, bloß aus Platzmangel zurückweisen zu müssen. Wenn die Verbreitung unserer Zeitschrift weiter wächst, wenn ihr Absatz zunimmt, und wenn auch — das möchte ich besonders unterstreichen — der Inseratenteil wächst, dann wird die Redaktion immer mehr in die Lage kommen, den Wünschen der gesamten Mitgliedschaft und auch den Wünschen, die der Bezirksverein Frankfurt in dieser Beziehung zum Ausdruck gebracht hat, zu entsprechen. Mein allerdringendstes Bestreben wird das jedenfalls sein. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender: M. H.! Sie haben jetzt den Bericht des Herrn Redakteurs und gleichzeitig die Antwort auf den Antrag des Frankfurter Bezirksvereins gehört; Sie haben gehört, daß Redakteur und Vorstand mit diesem Antrag vollständig einverstanden sind. Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, diese Resolution des Frankfurter Bezirksvereins anzunehmen. — Wünscht hierzu jemand das Wort?

Geheimrat Dr. Lehne: Ich möchte nur wenige befürwortende Bemerkungen noch beifügen, um mich eines Auftrages des Märkischen Bezirksvereins zu entledigen. Auch der Märkische Bezirksverein hat sich in einer sehr gut besuchten Versammlung mit der Zeitschrift beschäftigt, und es sind, wie dies ja immer zu geschehen pflegt, viele Wünsche laut geworden. Aber diese Wünsche sind eigentlich schon in dem Vortrag des Herrn Redakteurs vorweggenommen und als auf seinem Programm stehend verzeichnet worden. Es ist nun ein Vorschlag gemacht worden, der keine Erwähnung gefunden hat, der aber sicherlich auch von dem Redakteur erwogen worden ist, und den ich pflichtgemäß mitteilen wollte: Ob es sich vielleicht empfehlen würde, einen „Briefkasten“ einzuführen, wie er bei anderen Zeitschriften besteht. Es ist auch von verschiedenen Mitgliedern des Märkischen Bezirksvereins das Bedenken geltend gemacht worden, daß es sehr schwierig ist, einen wirklich verständigen Briefkasten zu leiten. In vielen Fällen wird bekanntlich der Briefkasten von Fragestellern, die sich ein Inserat er-

sparen wollen, mißbraucht. Immerhin wollte ich diesen Wunsch auf Einführung eines Briefkastens zum Ausdruck bringen.

Im übrigen war nur eine Stimme darüber, daß, wie auch Herr Prof. Freund schon bemerkte, die Zeitschrift auf bestem Wege ist.

Prof. Dr. Rasso: Die Frage eines Briefkastens ist schon mehrfach an mich herangetreten. Wenn man sich bei seiner Einführung rein auf das beschränkt, was an Antworten aus dem Kreise der Leser kommt, so erwächst der Redaktion keine erhebliche Mehrarbeit. Wenn aber der Redakteur selber als „Briefkastenonkel“ auftreten und antworten soll, dann bedarf es eines solchen Stabes von Mitarbeitern, einer solch großen Menge von Schreibern und eines solchen Suchens nach passenden Auskünften, daß das — vorläufig wenigstens — mit den Mitteln der Redaktion nicht zu erreichen wäre. Ob ein Briefkasten der zuerst erwähnten Art gerade sehr wünschenswert sein würde, möchte ich bezweifeln. Immerhin wollen wir die Frage gern ins Auge fassen.

Vorsitzender: Wünscht noch jemand das Wort? — Wenn nicht, so gilt der Antrag des Frankfurter Bezirksvereins unter Nr. 12 der Tagesordnung als einstimmig angenommen. Wir kommen nun zu

8 b. Stellenvermittlung.

Geschäftsführer Dr. G. Keppeler: M. H.! Ich kann mich zu dieser Frage kurz fassen. Sie haben einen Teil der Angaben, insbesondere das Zahlenmaterial, im Geschäftsbericht gedruckt vorliegend, und außerdem handelt es sich darum, über eine Einrichtung zu berichten, die von meinem verehrten Herrn Vorgänger in bewährte Bahnen gelenkt ist, in denen ich sie nur fortzuführen hatte. Die Stellenvermittlung hat auch im letzten Jahr wieder manche Erfolge gehabt. Wenn wir auch nicht alle Herren, die sich an uns gewandt haben, unterbringen konnten, so gelang es doch, dem einen oder anderen eine Position zu verschaffen. Insbesondere hatten wir auch im letzten Jahre eine verhältnismäßig große Anzahl von Stellen zu besetzen, und ich ergreife gern die Gelegenheit, von hier aus nochmals den Herren zu danken, die uns durch die Anmeldung offener Stellen in unserem Bestreben unterstützt haben. Wenn wir nicht in der Lage sind, Stellen zu vergeben, so wird damit natürlich unsere Stellenvermittlung unmöglich, und deshalb möchte ich des weiteren auch an Sie die Bitte richten, uns doch ja recht viele Stellen zur Vermittlung zu übergeben, damit wir den Herren, die sich auf uns verlassen, auch wirklich eine Position besorgen können.

Um aber auf der anderen Seite unsere Stellengeber befriedigen zu können, um ihnen mit einer großen Auswahl geeigneter Angebote aufwarten zu können, bedürfen wir auch recht vieler Herren, die Stellen suchen, und auch in dieser Beziehung möchte ich Sie bitten, unsere Stellenvermittlung zu unterstützen, indem Sie die Herren darauf aufmerksam machen, daß Ihnen die Einrichtung unserer Stellenvermittlung von Nutzen sein könnte. Man muß namentlich auch das berücksichtigen, daß dies Unternehmen nicht nur an sich gemeinnützig ist, sondern daß wir damit auch unserem Vereine dienen. Es hat sich gezeigt, daß eine große Anzahl

jüngerer Herren, die, ohne Mitglied zu sein, von der Stellenvermittlung unter Zahlung der Gebühren Gebrauch machten, nachträglich, wenn sie durch uns eine Stellung gefunden haben, auch Mitglieder des Vereins wurden. Auch in diesem Sinne glaube ich, dürfte es im Interesse des Vereins liegen, daß Sie die jungen Herren, die in die Praxis hinaustreten, auf unsere Stellenvermittlung aufmerksam machen.

Vorsitzender: M. H.! Ich möchte dem einen Beschluß des Vorstandes hinzufügen, der ganz gewiß bei Ihnen allen Beifall finden wird. Der Vorstand hat nämlich beschlossen:

Stellenangebote mit einem Gehalt von weniger als 100 M monatlich überhaupt nicht mehr zu veröffentlichen. (Bravo!)

Wünscht sonst noch jemand das Wort hierzu?

Dr. Leimbach-Karlsruhe: Ich möchte nur kurz fragen, wieviel Stellen im letzten Jahre vom Verein wirklich besetzt worden sind.

Geschäftsführer Dr. G. Keppeler: Das entzieht sich unserer Kenntnis. Wir können das teilweise aus den Adressenänderungen ersehen, teilweise schreiben die Firmen, daß die Stellen besetzt sind, häufig auch nicht; genaue Angaben zu machen ist infolgedessen nicht möglich.

Dr. Leimbach-Karlsruhe: Die Zahlen geben also nicht an, welchen Erfolg die Tätigkeit des Vereins hatte?

Geschäftsführer Dr. G. Keppeler: Über die Anzahl der wirklich von uns besetzten Stellen haben wir kein Urteil, weil — wie ich schon sagte — viele Stellensuchende wie Stellengeber überhaupt nicht mitteilen, durch wen die Stellen besetzt sind.

8 c. Gebührenordnung.

In Abwesenheit des Referenten, Herrn Prof. Dr. Th. W. Fresenius verliest der Geschäftsführer dessen Bericht über den vorliegenden Gegenstand. Herr Prof. Fresenius berichtet wie folgt über die Tätigkeit der zur Bearbeitung der Gebührenfrage eingesetzten Kommission:

Eine wesentliche Betätigung der Kommission hat im letzten Jahre nicht stattgefunden; den bis noch vor wenigen Wochen gehegten Plan, die Kommission noch vor der Jahresversammlung zu einer Sitzung zusammenzuberufen, habe ich in letzter Stunde aufgeben müssen, da ich vor der absoluten Unmöglichkeit stand, dies neben meiner sonstigen starken Überlastung mit Berufsarbeiten durchzuführen.

Diese Arbeitsanhäufung ist aus besonderen, hier nicht im einzelnen zu erörternden Gründen in dem verflossenen Jahre so wesentlich gewesen, daß ich ganz allein mir, resp. dem völligen Mangel an Zeit, mich den Aufgaben der Kommission zu widmen, die Schuld beimessen muß, daß nichts geschehen ist, wo ich berufen war, die Initiative zu ergreifen. Daß es nicht Mangel an Interesse für die Sache selbst war, weshalb ich ihre Förderung unterließ, glaube ich nicht besonders betonen zu müssen.

Gerade vor der letzten Jahresversammlung schien es, als ob das Gesetz betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten noch zur Verabschiedung gelangen sollte. Ich erfuhr noch eben vor der Beratung im Abgeordnetenhaus davon

und habe damals, anknüpfend an die früheren Verhandlungen, über die ich ja seinerzeit berichtete, den Versuch gemacht, in unserem Sinne zu wirken.

Da in letzter Stunde das ganze Gesetz scheiterte und erst neu vorgelegt werden muß, ist es richtiger, die neuen Anregungen und Gesichtspunkte, die sich bei dieser Angelegenheit ergaben, zunächst der Kommission vorzulegen und in ihr zu beraten. Ich will deshalb nur darauf hinweisen, daß sich vielleicht ein Weg finden läßt, die Festsetzung der Gebühren der Chemiker, soweit eine solche im Zweifelsfalle erfolgen muß, wirklich durch Chemiker herbeizuführen.

gez. Dr. Fresenius.

Dr. G. Keppeler: Die Frage der Gebührenordnung liegt gegenwärtig so, daß das Gesetz, das bei den Verhandlungen der letzten Hauptversammlung eine so große Rolle gespielt hat, das Gesetz betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten, nachdem es in der Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses vom 30./6. 1905 zur zweiten Beratung gestanden hatte, von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Herr Prof. Dr. Fresenius schlägt deshalb in einem zweiten Schreiben vor, man möchte den Ausschuß, der für die Bearbeitung dieser Frage eingesetzt ist, für ein fernerer Jahr weiter bestehen lassen und ihn erneut beauftragen, die Frage energisch zu behandeln.

Vorsitzender: M. H.! Ich denke, wir können uns mit dem Vorschlage des Herrn Prof. Dr. Fresenius einverstanden erklären und die Kommission bestehen lassen. Es geschieht, was geschehen kann.

Dr. C. Hohmann-Düsseldorf: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, den Herrn Geschäftsführer mit in die Kommission zu entsenden, damit von der Geschäftsstelle aus die Initiative ergriffen wird. Wenn die Initiative einem Mitglied der Kommission überlassen bleibt, so besteht die Gefahr, daß die Sache verschoben wird, bis wieder eine Hauptversammlung in Aussicht steht; dann sind aber die Herren meistens durch ihre eigenen Arbeiten so sehr in Anspruch genommen, daß sie die Vorbereitungen nicht treffen können. Wenn aber von der Geschäftsstelle aus die Kommission zusammenberufen wird, werden sich so viele Herren zusammenfinden, daß sie zu Arbeiten instande sind.

Vorsitzender: Das ist bereits im Vorstande beschlossen worden. Der Geschäftsführer ist in der letzten Vorstandssitzung angewiesen worden, darauf hinzuwirken, daß die Kommissionen von Zeit zu Zeit auch einberufen werden und tagen.

8 d. Gründung einer chemischen Reichsanstalt.

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: M. H.! Es sind zwei Dinge, die gegenwärtig die Industrie besonders interessieren, das ist die Errichtung des deutschen Museums der Meisterwerke der Technik und der Naturwissenschaften in München, und die Frage der Errichtung einer chemischen Reichsanstalt in Berlin.

Im Oktober bereits soll das Münchener Museum, das vorläufig in einem vorhandenen Bau Unterkunft gefunden hat, durch den Prinzregenten Kgl. Hoheit, in Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers,

eröffnet werden. Es ist der Ruf an alle Vertreter der Industrie ergangen, insbesondere wertvolle historische Stücke aus der Geschichte der Technik zur Verfügung zu stellen, und überall regt sich mit Feuereifer der Sammelgeist, so gewiß auch in der chemischen Industrie!

Was nun die chemische Reichsanstalt betrifft, so sind Sie ja über die Prinzipien und Gedanken, die dabei entwickelt sind, aus unserer Zeitschrift unterrichtet. Ich möchte aber doch einige wesentliche Punkte aus dem Programm hervorheben. Ihr Vorstand hat bei der Vorbereitung mitgewirkt. Seine Mitglieder gehören zum großen Teil dem engeren oder weiteren Komitee an, die zur Vorbereitung und Förderung der Einrichtung einer chemischen Reichsanstalt zusammengetreten sind. Die chemische Reichsanstalt ist in ähnlicher Weise bedacht, wie die physikalisch-technische Reichsanstalt, also in anderer Weise als das Reichsgesundheitsamt. Das Reichsgesundheitsamt ist im wesentlichen eine statistische und begutachtende Behörde, nicht eine Anstalt zur Durchführung großzügiger Forschung. Es untersteht daher auch einem Juristen, wenn dies auch nicht immer der Fall gewesen ist. Die physikalisch-technische Reichsanstalt hat aber als Präsidenten einen Physiker, und ebenso wird oder soll, wenn der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll, die chemische Reichsanstalt unter einem Präsidenten stehen, der Chemiker ist. Die Organisation ist von vornherein in sehr umfassender Weise gedacht, und zwar sollen diesem Präsidenten vier Abteilungen untergeordnet sein, deren jede wieder ihren Vorsteher für sich hat: eine Abteilung für anorganische, eine zweite für die analytische, eine dritte für die organische Chemie und endlich eine vierte für die physikalisch-chemischen Aufgaben. Neben dieser inneren Organisation läuft her die Einrichtung eines Laboratoriums, welches zusammengestellt sein soll aus Mitgliedern der reinen und der angewandten Chemie. Ich bemerke, daß ein solches Laboratorium auch bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt besteht, in gleicher Weise auch bei der biologischen Reichsanstalt.

Die Kosten, die man für den Bau und die jährlichen Ausgaben in Aussicht genommen hat, sind recht erhebliche. Das Komitee hat berechnet, daß etwa $1\frac{1}{2}$ Mill. Mark oder etwas darüber für den Bau erforderlich sein werden; aber in den Verhandlungen, die gepflogen sind, ist man gleich zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Summe wohl kaum ausreichen wird. An laufenden Ausgaben waren berechnet 216 000 M.; aber auch da ist man der Meinung, daß man mit einem solchen Etat wohl beginnen könne, daß er jedoch sehr bald werde überschritten werden.

Was nun die Aufbringung der Mittel betrifft, so ist gedacht, daß das Reich, ebenso wie bei der physikalisch-technischen und der biologischen Reichsanstalt, der Hauptsache nach die Mittel hergeben soll. Es ist aber dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die chemische Industrie sich doch in gewissem Umfange an der Aufbringung der Mittel beteiligen müsse. Sie werden sich daran erinnern, daß die physikalisch-technische Reichsanstalt errichtet wurde auf Grund der von Wernervon Siemens gegebenen Anregung, und daß er gleich ein Millionengeschenk hinzufügte, bestehend aus

einem für den Bau geeigneten Grundstück. Es sind Erörterungen schon im Gange, daß die chemische Industrie nicht ein Grundstück, aber wohl einen Stiftungsfonds von entsprechendem Werte bereit stellen werde. Erwogen worden ist auch, ob es sich um laufende Beiträge handeln kann. Für die meisten Industriegesellschaften wird das kaum möglich sein, aber bei einzelnen Interessentengruppen wird auch eine solche Beteiligung in Betracht kommen können.

Über die Stadt, welche die Reichsanstalt aufnehmen soll, hat man sich schnell geeinigt und Berlin ausgewählt, schon aus dem Grunde, weil dort auch die anderen Reichsanstalten liegen: die biologische, die physikalisch-technische, und weil naturgemäß sich ein Zusammenarbeiten dieser Anstalten ergeben werde. Aber auch andere Gründe sprechen für Berlin, so die Tatsache, daß die großen Vereinigungen auf dem chemischen Gebiete, so die deutsche chemische Gesellschaft, die chemische Berufsgenossenschaft, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der chemischen Industrie, die Vereine für Zuckerindustrie, Gärungsgewerbe und andere in Berlin ihren Sitz haben.

Wenn ich von den Aufgaben, die der chemischen Reichsanstalt gestellt werden sollen, einiges hervorhebe, so handelt es sich in der Hauptsache um solche, die erfahrungsgemäß von den Forschungs- und Unterrichtslaboratorien der Universitäten oder der technischen Hochschulen nicht behandelt werden, die auch in den wissenschaftlichen Laboratorien der Industrie und ebenso auch von den landwirtschaftlichen und technischen Versuchsanstalten nicht behandelt werden, um solche Aufgaben, die kein unmittelbares Tagesinteresse haben, solche Aufgaben, die wenig Ruhm, aber jahrelange mühevollen Arbeit einbringen. Es sind Aufgaben folgender Art erwähnt: in erster Linie Atomgewichtsbestimmungen. Es ist interessant festzustellen, daß die internationale Kommission für Feststellung der Atomgewichte anerkannt hat, daß sie ohne einen Anhalt an eine wissenschaftliche Anstalt, welche in der Lage ist, gegebene Anregungen experimentell durchzuführen und die Lösung solcher Aufgaben dauernd verfolgt, kaum weiter zu arbeiten in der Lage sei. Daß die Entwicklung der analytischen Methoden ein dringendes Bedürfnis ist, ist allgemein anerkannt; aber wo sind die Versuchsanstalten, die sich mit Ruhe dieser feinen Arbeit hingeben? Sie sind zu zählen! Dann ist hervorgehoben worden, daß die physikalischen Konstanten für chemisch-reine Substanzen in ausgedehnter Weise bestimmt werden möchten, um eine Unterlage zu gewinnen, für die sichere Erkennung solcher Substanzen. Auch bezüglich der anorganischen Analyse ist wiederholt betont worden, daß sie dringend der Pflege bedürfe, insbesondere für die Zwischenprodukte der chemischen Großindustrie. Es sind daneben noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Entwicklungsmöglichkeiten — so will ich lieber sagen, nicht: Arbeiten — erwähnt worden; aber es ist wohl zweckmäßig, diese mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Da ist z. B. die Erstattung von Gutachten, von Obergutachten und dgl. Wenn diese Tätigkeit mit der Anstalt verbunden wird, so kann man sich auch wohl eine zweckmäßige Organisation denken. Es wird aber vielleicht besser sein, wenn das Gutachterwesen in

einer gewissen Entfernung von dieser, höchste Wissenschaftlichkeit verlangenden Anstalt gehalten wird. Dann ist eine höchst interessante Aufgabe gestellt worden: Die Beglaubigung von chemisch-reinen Präparaten, bezüglich ihrer Reinheit, aber doch in so unbestimmter Weise, daß man sie wohl nicht unmittelbar, aber in die Praxis überführbar ins Auge fassen kann. Es würde sich z. B. um Eichung (Abstempelung) chemisch-reiner Metallproben handeln.

Das ist ungefähr die Skizze, die ich Ihnen von dem Programm geben wollte. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, Ihnen einige der Einwendungen zu unterbreiten, die gegen die Reichsanstalt gemacht werden können, denn sie scheinen mir doch nicht ohne Bedeutung zu sein. Wenn wir die Entwicklung der Wissenschaft in Deutschland ins Auge fassen, so beruht sie auf der Forschungs- und Unterrichtstätigkeit der Universitäten oder Hochschulen. Was das bedeutet, mag das Wort „akademische Freiheit“ erklären. Der Forscher arbeitet nur aus innerem Triebe; ihm steht frei die Veröffentlichung, die freie Veröffentlichung, und was ihn in seiner Arbeit regelt, ist die öffentliche Kritik neben seinem wissenschaftlichen Gewissen. Also die freie Forscherarbeit ist das Wesentliche der wissenschaftlichen Arbeit und das Wesentliche des wissenschaftlichen Fortschritts. (Bravo!)

Bei der chemischen Reichsanstalt ist das anders; hier kommt ein Amt, hier kommt eine Behörde, hier kommen nicht Professoren, hier kommen Regierungsräte, denen ein Auftrag, ein amtlicher Auftrag erteilt wird. Das ist ein gewaltiger, das ist ein fundamentaler Unterschied. Die wissenschaftliche Forschung an den Universitäten und Hochschulen hat noch ein anderes charakteristisches Merkmal, das ist, daß neben den Beamten, dem Ordinarius, in jedem Augenblick eintreten kann der Privatdozent. Das steht auch unter dem Zeichen akademischer Freiheit, hier ist in schönster Weise der Konkurrenz, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, die Bahn freigemacht, der wissenschaftlichen Konkurrenz. Dann ist ein Drittes charakteristisch, daß niemals die Forscherarbeit getrennt ist von dem Unterricht. Ich meine nicht den Elementarunterricht, mit dem die Universitäten sich ja auch abgeben müssen, sondern die Heranbildung von wirklichen Schülern, die Bildung einer Schule. Es kann kein großer Forscher bestehen, der nicht den jungen Nachwuchs heranzieht und ihn teilnehmen läßt an seiner Forscherarbeit. Das ist das Wesen der Universität, das ist aber nicht das Wesen der Behörde. Bei der Behörde tritt an die Stelle der freien Arbeit der freien Konkurrenz, der Erziehung der Jugend: die Ernennung, das Amt, die Disziplin und was damit zusammenhängt, und das bringt im Gegensatz zu der Freiheit der Universität die große Gefahr der Verknöcherung.

Ich finde, daß diese Bedenken gegen eine wissenschaftliche Behörde unter allen Umständen zum Ausdruck gebracht werden müssen. Ich bin mit alledem, was bislang über das neue Amt gesagt worden ist, der Hauptsache nach einverstanden; aber das, was ich eben erörtert habe, ist nicht mit der genügenden Schärfe zum Ausdruck gebracht.

Aber ich glaube, daß gerade diese Stelle in unserem Verein geeignet ist, das zum Ausdruck zu bringen, denn die chemische Technik ist viel mehr als jede andere Technik hervorgegangen aus der akademischen Schulung, und jedem Chemiker ist in Fleisch und Blut übergegangen, was „akademische Freiheit“ bedeutet, und es läßt ihn sein Leben lang nicht wieder los. (Bravo!)

Er will in seiner Industrie immer angesehen werden als der Mann der Forschung und der Mann des wissenschaftlichen Gewissens (Bravo!), der sich selbst erzieht, der sich selbst die Regel stellt.

Es ist noch etwas, was ich erwähnen möchte, was die Universitäten und Hochschulen charakterisiert, das ist die Selbstergänzung. Die Kultusministerien der verschiedenen Länder haben schließlich die Ernennung vorzunehmen; aber Sie werden wissen, daß die akademischen Senate selbst die Vorschläge machen, und es ist ein starker Eingriff seitens der vorgesetzten Behörde, wenn sie nicht den Mann nimmt, der in erster Linie vorgeschlagen ist, oder wenigstens einen von den dreien, die vorgeschlagen werden, sondern nach eigener Wahl einen vierten oder fünften. Also die wissenschaftlichen Kreise ergänzen sich selbst; es ist eine Art Selbstverwaltung. Das ist bei dem Amte nicht der Fall, hier ist es der Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren, der es verwaltet.

Ich meine aber, daß alle diese Schwierigkeiten, welche unter allen Umständen betont werden müssen — denn sonst würden sie nicht ausreichend berücksichtigt werden, und man würde böse Enttäuschungen erleben — durch die Organisation sich sehr wohl überwinden lassen. (Sehr richtig!) In erster Linie, weil man annehmen darf, daß als Präsident einer solchen Anstalt nur ein Mann von akademischer Vergangenheit gewählt wird, dem diese akademische Freiheit derartig im Blute steckt, daß er niemals versuchen wird, die beamtete Tätigkeit in die reine Stundenarbeit — möchte ich sagen — umzuwandeln, sondern, wenn er auch mit Untergebenen zu tun hat, doch jeden in seiner freien Entwicklung lassen wird; denn er kann die wissenschaftlichen Arbeiten, die gemacht werden, besonders experimenteller Natur, ja nicht von oben kontrollieren, sondern es kann der Mann der Wissenschaft, der seinem Gewissen gehorcht, nur sich selbst kontrollieren. Hier ist auch die wichtige Frage der Veröffentlichung zu erwähnen. Bei einem solchen Amte wird mit großer Vorsicht erwogen, ob eine Arbeit veröffentlicht werden kann, und schließlich bestimmt darüber der Präsident. Es kann ein übler Zwang ausgeübt werden. Darin muß eine gewisse Freiheit walten, die den Männern, die als Abteilungsvorsteher in einem solchen Amte wirken sollen, auch das Gefühl gibt, daß sie ihre Arbeiten auch der öffentlichen Kritik zu unterbreiten in der Lage sind. (Bravo!)

Hierin stecken aber auch nicht geringe Schwierigkeiten, denn, wenn der einzelne auch unter seinem Namen veröffentlicht, so bleibt doch in gewissem Sinne das Amt verantwortlich. Es hat eine hohe Stelle gesprochen, und wenn sie falsch gesprochen hat, ist es vom Übel. Unter Umständen liegen ja auch Dinge vor, wie z. B. beim Reichsgesundheitsamt, daß Forschungsergebnisse vorhanden sind, für welche aus irgend welchen Gründen

ich will einmal sagen, handelspolitischer Natur — die Veröffentlichung nicht am Platze und auch nicht an der Zeit ist. Also in jeder Beziehung liegt die freie Forscherarbeit anders, als die beamtete. Ich meine aber, durch Organisation sind auch diese Schwierigkeiten und Fragen sicherlich zu lösen. Ich glaube, sie sind leichter zu lösen, wenn diese Fachanstalten nicht allzu isoliert sind, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich an größere wissenschaftliche Korporationen anzuschließen¹⁾, an die Universität in Berlin, auch an die technische Hochschule und auch an die landwirtschaftliche Hochschule, wenn den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, als Privatdozenten tätig zu sein, wenn sie in gewissem Sinne auch Schüler aufnehmen können, natürlich nicht, wenn ich mich so ausdrücken darf, elementare Studenten, sondern Leute, die sich wissenschaftlich weiter entwickeln wollen. Aber das entscheidendste, um überall das Gegengewicht zu geben, ist für mich die lebendige, die zwingende Mitwirkung der Praxis der chemischen Industrie, welche diese Anstalt wünscht, und welche sie auch unterstützen will.

Auf das Kuratorium, das der Anstalt beigegeben ist, möchte ich den allergrößten Wert legen. (Sehr richtig!) Allerdings nur dann, wenn das Kuratorium nicht bloß eine Dekoration ist, sondern wenn die Männer, die nun vielleicht von den bestehenden Organisationen — denken Sie sich unseren Verein, denken Sie sich die deutsche chemische Gesellschaft, denken Sie sich andere entsprechend hoch zu bewertende Organisationen — delegiert werden und wieder rückwärts ihren Vereinen verpflichtet sind, über das zu berichten, was geschieht und wie dort ein Einfluß zu nehmen ist.

Ich glaube, wenn man diese drei Dinge, erstlich möglichste Aufrechterhaltung der akademischen Freiheit, zum zweiten nahe Beziehung zu den bestehenden wissenschaftlichen Korporationen und endlich drittens, die lebensvolle Ausgestaltung des Kuratoriums beherzigt, wird man mit vollen Segeln in das neue Reichsamt hineinfahren können; möge es uns beschert werden!

M. H.! Ich glaube, es ist vielleicht zweckmäßig, meinen Ausführungen einen kurzen Ausdruck zu geben. Ich stelle anheim, ob Sie ihnen beipflichten.

Ich möchte aber den Wortlaut verlesen, den ich zur Vorsicht aufgesetzt habe:

Die Errichtung einer chemischen Reichsanstalt ist für die fernere gedeihliche Entwicklung der reinen wie angewandten Chemie eine Notwendigkeit. Die Gefahren, welche in der Übertragung wissenschaftlicher Forschung an eine amtliche Stelle liegen, lassen sich durch zweckmäßige Organisation überwinden. Hierfür ist ausschlaggebend die Gestaltung lebensvoller Beziehungen zu der chemischen Praxis und zu den bestehenden Organisationen. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender: M. H.! Ihr Beifall spricht ja dafür, daß Sie mit der Resolution einverstanden

sind. Ich glaube, Sie überlassen es dem Vorstande, der ja in dem engeren Komitee vertreten ist, daß er sie an geeigneter Stelle vertritt. Ich glaube aber, in aller Sinne zu handeln, wenn ich Herrn Geheimrat Delbrück unseren Dank für die eingehende Arbeit ausspreche. (Bravo!)

Dr. R. Hase: M. H.! Wir haben die Berichte des Vorstandes entgegengenommen, und wir können sagen: Es ist den Herren möglich gewesen, uns ein erfreuliches Bild vom Stande der Vereinsangelegenheiten geben zu können. Um das aber zu erreichen, hat es viele Arbeit und Mühe seitens des Vorstandes bedurft. Sie haben vorhin dem Vorsitzenden, Herrn Medizinalrat Merck, ihren Dank dargebracht für die sechsjährige Tätigkeit als Vorsitzender, und wir wissen, daß er in diesem Jahr wie in den vorangegangenen fünf Jahren mit Eifer und Mühe seines Amtes gewaltet hat, wir wissen, daß ihm zur Seite gestanden haben Herr Prof. Dr. Duisberg als stellvertretender Vorsitzender und die übrigen Herren als Beisitzer. Herr Dir. Lütty, der im Laufe des verflossenen Jahres aus seiner Stellung als Geschäftsführer ausgetreten ist, hat es sich den noch nicht nehmen lassen, eine Reihe von Arbeiten der Geschäftsstelle weiter zu besorgen, insbesondere aber die Kasse und die Hilfskasse mit der gewohnten Umsicht weiter zu führen, während es für den neu eingetretenen Geschäftsführer, Herrn Privatdozenten Dr. G. Kessler, eine große Arbeit gewesen ist, sich in die ihm neue Materie hineinzufinden. Aber wir alle, die wir mit der Geschäftsstelle zu tun gehabt haben, haben wohl bemerkt, mit welcher Gewissenhaftigkeit und Umsicht er sich der Arbeit angenommen, und wie schnell er sich in die ihm neuen Verhältnisse hineingefunden hat. Auch Herrn Prof. Dr. Rassow haben Sie durch Ihren Beifall kundgegeben, daß Sie mit seiner Tätigkeit als Leiter unserer Zeitschrift voll und ganz zufrieden sind. Wenn ich nun den Antrag stelle, dem Vorstande Entlastung zu erteilen, so bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen und durch Ihren Beifall kundzugeben, daß wir dem engeren Vorstande unseren besten Dank für seine Tätigkeit sagen. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender: M. H.! Ich sage im Namen des Gesamtvorstandes unseren herzlichsten Dank für die warmen Worte, die Herr Dr. Hase soeben gesprochen hat und bemerke, daß einem Antrage auf Entlastung vorhin schon stattgegeben worden ist. —

9. Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse über den Stand derselben.

Dir. F. Lütty: M. H.! Der Vorsitzende unseres Kuratoriums der Hilfskasse, Herr Dr. Kubierschky, ist leider verhindert, hier anwesend zu sein, und ich erlaube mir daher, den von mir dem Vorstande erstatteten Bericht des Kuratoriums vorzutragen.

Die Hilfskasse hat in dem abgelaufenen Jahre 1905 ein sehr befriedigendes Jahr hinter sich gebracht. Während am 1./1. 1905 das Stammkapital 27 320,55 M betrug, ist dasselbe in dem Jahre 1905 auf 31 420,55 M, also um 4100 M angewachsen. Dieses Anwachsen des Stammkapitals ist zum Teil zurückzuführen auf freiwillige Beiträge und zum Teil auf die Hälfte des rechnungsmäßigen Über-

¹⁾ Auch die Zusammenfassung der phys.-technischen, der biologischen, der chemischen Reichsanstalt und des Reichsgesundheitsamtes zu einer „akademischen Reichsanstalt“ könnte ins Auge gefaßt werden.

schusses der Hilfskasse, der am Ende des Jahres dem Stammkapital zugeschlagen wird. Immerhin haben die freiwilligen Beiträge die Summe von 2400 M erreicht, während die Hälfte des Überschusses mit 1788 M ausgewiesen ist. Das Kuratorium stattet durch mich allen Gebern den besten Dank ab und bittet Sie auch, fernerhin der Hilfskasse Ihre Zuneigung zu bewahren und dahin zu wirken, daß weitere Beiträge zum Stammkapital zugewendet werden.

Von den Geldern der Hilfskasse sind 32 356,45 Mark in mündelsicheren Papieren angelegt, die uns pro Jahr einen Zinsgenuß von 1109 M zugehen lassen. Im Laufe des Jahres 1905 haben die Unterstützungen, die die Hilfskasse gewährt hat, den Betrag von 1240 M erreicht. Es sind uns im Laufe des Jahres 10 Anträge zugegangen, davon 4 von Mitgliedern des Vereins, 6 von Nichtmitgliedern. Das Kuratorium ist in der Lage gewesen, die 4 Anträge von Mitgliedern des Vereins vollständig zu genehmigen. Von den übrigen 6 stammte einer von einer Witwe, ein anderer von der Frau eines erkrankten Kollegen. Auch hier waren wir in der Lage, eine Unterstützung eintreten lassen zu können. Von den anderen 4 Gesuchen wurde nur eines berücksichtigt. Prinzipiell hat die Hilfskasse bei den Vereinskollegen nur Darlehen gewährt, gegen 3% Verzinsung und mit der Verpflichtung der Rückzahlung; dagegen haben wir der Witwe und der Frau des Kollegen einmalige Zuwendungen ohne die Pflicht der Zurückzahlung zugesprochen. Wir haben infolgedessen, da wir 4832 M Einnahme im Jahre 1905 zur Verfügung hatten, einen Überschuß von 3560 M erzielt. Von diesem Überschuß ist die Hälfte mit 1788 M dem Stammkapital zugeflossen, während 1787,85 M auf das laufende Jahr vorgetragen worden sind.

Der Haushaltsplan der Hilfskasse gestaltet sich nunmehr aus diesem Vortrag von 1787,85 M, dem Zuschuß des Hauptvereins, den Sie im vorjährigen Etat bewilligt haben, mit 1000 M, den Zuwendungen der Bezirksvereine mit rund 1000 M, den Zinsen des Stammkapitals von 1150 M und der Rückzahlung fällig werdender Darlehne von 120 M mit einer Totaleinnahme von 5057,85 M, so daß die Hilfskasse für das laufende Jahr nach Abzug der Aufwendungen für Porto die schöne Summe von 4957,85 M zur Verfügung hat.

Ich darf Ihnen weiter sagen, daß auch in diesem Jahre die Hilfskasse schon wiederholt beansprucht worden ist, und daß es gelungen ist, durch Gewährung sämtlicher Unterstützungsgesuche Heil und Segen insofern zu stiften, als wir erkrankten Kollegen aus schwierigen Lagen geholfen haben. — Ich wiederhole nochmals, namens des Kuratoriums die Bitte: Gedenken Sie der Hilfskasse bei festlichen Gelegenheiten, spenden Sie reichlich! Der Geschäftsführer — d. h. für die Hilfskasse meine Person — ist stets gern bereit, jeden Betrag, so groß oder so klein er sein mag, entgegenzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

10. Bericht über die von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ernannte Kommission zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen.
Referent: Prof. Dr. C. Duisberg.

10 a. Antrag des Vorstandes:

Es wird beantragt, daß der Vorstand bzw. die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker eine Kommission ernenne, welche zusammen mit dem Vorstände an der Hand des von der Unterrichtskommission der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu Meran erstatteten Berichtes mit der Frage der Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den deutschen Schulen sich zu beschäftigen hat.

Vorsitzender: Ich bitte den Herren Referenten, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. C. Duisberg: M. H.! Im vorigen Jahr hatte ich an dieser Stelle das Vergnügen, Ihnen Bericht zu erstatten über die Tätigkeit der Unterrichtskommission, welche die Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Breslau vor 2 Jahren ernannt hat. Inzwischen hat diese Kommission Gelegenheit gehabt, im vergangenen September ihren ersten Bericht der Naturforscherversammlung zu Meran vorzulegen. Daß dieser Bericht dort allgemeinen, ja stürmischen Beifall und große Anerkennung gefunden hat, ist Ihnen durch die Presse bekannt geworden.

Es haben nun schon eine Reihe von Vereinen und Vereinigungen, speziell Fachvereine, Stellung zu den Vorschlägen genommen, welche von der Unterrichtskommission gemacht worden sind, speziell zu den Lehrplänen, welche in Meran für die drei neunklassigen Schulen, die Gymnasien, die Realgymnasien und Oberrealschulen, publiziert wurden. Auch der Verein deutscher Ingenieure hat sich in mehreren Sitzungen mit dieser Angelegenheit beschäftigt, die Bezirksvereine haben zu den vom Hauptvorstande gestellten Fragen Stellung genommen, und auf der Anfang nächster Woche in Berlin stattfindenden Hauptversammlung wird auch diese Angelegenheit weiter beraten werden.

Wir hatten nun gehofft, daß sich auch unsere Bezirksvereine mit diesen Fragen selbsttätig beschäftigen würden. Soviel ich weiß, ist das aber nicht der Fall gewesen. Während, wie Sie wissen, im Auslande Unterrichtsfragen in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaftes Erörterung finden, speziell in den englisch sprechenden Ländern, in England selbst und in Amerika, ist bei uns eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber derartigen Fragen zu konstatieren, die aber meiner Ansicht nach wenig angebracht ist, da es auch bei uns außerordentlich schwer fällt, bestehende Zustände zu ändern und an die Stelle des Alten, Überlebten, Neues und Besseres zu setzen. Wir bedürfen deshalb in der Unterrichtskommission, wenn wir Erfolge erzielen wollen, unbedingt der Unterstützung der weitesten Kreise der Bevölkerung. Nun ist ja jeder, der Kinder besitzt, an solchen Unterrichtsfragen interessiert. Aber nicht nur als Väter, sondern auch als Chemiker haben wir ein lebhaftes Interesse daran, daß die weitesten Kreise, vor allem diejenigen, welche entscheidend auf die Rechtsprechung und Verwaltung einzuwirken haben, auch eine genügende Kenntnis der Naturwissenschaften mit auf den Weg bekommen, damit sie uns verstehen lernen, damit sie uns begreifen lernen, und damit sie vor allem Entscheidungen treffen, die vollkommen unseren Anschauungen und den modernen Verhältnissen ent-

sprechen. Daß es nach dieser Richtung hin noch viel zu bessern gibt, ist Ihnen ja wahrscheinlich aus eigener Erfahrung oder aus der Erfahrung befreundeter Kreise zur Genüge bekannt.

Nun ist es ja das Bestreben dieser Unterrichtskommission — abgesehen von der Reformierung des mathematischen Unterrichts, über die ich Ihnen im vorigen Jahre berichten konnte —, dahin zu kommen, daß wir den biologischen Unterricht, also den Unterricht in der Zoologie, Botanik und auch den der Geologie wieder in die höheren Klassen der neunjährigen Lehranstalten hineinbringen. Wir hatten früher bessere Zustände. Der Biologieunterricht ist dann bekanntlich vor vielen Jahren unter dem Regime F a l k in den oberen Klassen gestrichen worden, weil gewisse maßgebende politische Parteien Angst vor dem Darwinismus hatten. Nichts ist meines Erachtens von diesem Gesichtspunkt aus aber gefährlicher, als der jetzige Zustand, wo man die liebe Jugend ohne Kritik und ohne Vorkenntnis losläßt auf Bücher aller Art, ohne daß eine genügende kritische Belehrung vorangegangen ist. Die Vertreter der Biologie haben bekanntlich auf der Naturforscherversammlung zu Hamburg die Anregung zu dieser ganzen Bewegung gegeben. Aber die Erfolge sind bis jetzt außerordentlich gering. Die Biologie steht nach wie vor noch vor verschlossenen Türen. Man will zwar im Ministerium Versuche zulassen, und es ist mir gelungen, es dahin zu bringen, daß im Realgymnasium zu Elberfeld diesbezügliche Versuche in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern bis in die Oberprima gemacht werden. Aber es ist dies auch, soviel ich weiß, die einzige Lehranstalt, der bis jetzt die Genehmigung für solche Versuche zuteil geworden ist. Der Oberrealschule zu Halle a. S. z. B. hat man sie leider versagt. Wir sind aber bemüht, weiter zu kommen, und hoffen zuversichtlich, da das preußische Kultusministerium unseren Bestrebungen sympathisch gegenübersteht, daß es gelingt, dahin zu kommen, daß die maßgebenden politischen Parteien sich auf denselben Standpunkt emporschwingen, den die privaten Lehranstalten der Jesuitenkollegien in Belgien, Holland und Frankreich bereits einnehmen, nämlich, biologische und speziell darwinistische Theorien ihren Schülern, ex homo allerdings, lehren zu dürfen. Soviel über die Biologie.

Was die Chemie anbetrifft, so wissen Sie, daß im Gymnasium nur ein halbes Jahr lang den Schülern einige Krümel Chemie gegeben werden. Wieviel das ist, das werden ja diejenigen von Ihnen zu beurteilen vermögen, die das Gymnasium besucht und vielleicht dazu noch einen wenig geeigneten Lehrer gehabt haben. Meist wird ja hier von den Mathematikern Chemie gelehrt. Daß das nicht ausreichend ist, darüber brauchen wir keine weiteren Worte zu verlieren. Wir wünschen also, daß der Chemieunterricht mehr und mehr in den Lehrplan des Gymnasiums hineinkommt. Aber wir sehen in der Unterrichtskommission keine Möglichkeit, dies zu erreichen, wenn uns nicht von philologischer Seite weitgehende Zugeständnisse gemacht werden. Wir haben deshalb nicht anders gekonnt, als den argen Mißstand, der in dieser Beziehung besteht, zu betonen; wir müssen es den beteiligten Fachkreisen überlassen, nach dieser Richtung einen gangbaren und alle Beteiligten zufriedenstellenden Weg zu

finden. Hinsichtlich der Realgymnasien und der Oberrealschulen, die bekanntlich einen mindestens zweistündigen Chemieunterricht in der Unter- und Obersekunda und Prima haben, ist unseren Forderungen in Chemie zwar Rechnung getragen, aber hier gilt es, den Unterricht zu reformieren und durch Schülerübungen zu beleben. Die diesbezüglichen Lehrpläne sind ja in unserer Zeitschrift abgedruckt worden, und wir werden den Bezirksvereinen Gelegenheit geben, sich darüber auszusprechen.

Nun hat die Unterrichtskommission in diesem Jahre seit den Meraner Tagen wieder mehrere Sitzungen abgehalten. Nachdem die neunklassigen Schulen erledigt worden sind, haben wir in erster Linie die Reformschule, um diese zuerst zu nennen, behandelt. Diese Anstalten sollten ja eigentlich das Zukunftsideal für unsere Schulbildung in Deutschland sein. Dann haben wir die sechsjährigen Realschulen und endlich die Mädchenschulen besprochen, die ja bekanntlich in Preußen zurzeit reformiert werden, indem man den Lyceen Oberlyceen angliedern will, um auf diese Weise den Mädchen die Möglichkeit zu geben, sich für das Studium an den Universitäten vorzubereiten und den Abiturienten der höheren Schulen gleichwertig zur Seite treten zu können. Wir haben aber leider konstatiert, daß in bezug auf die naturwissenschaftliche Ausbildung der Mädchen wenig Rücksicht auf unsere Bemühungen und Bestrebungen genommen worden ist. Abgesehen davon, daß kein Mitglied der Unterrichtskommission zu den Beratungen im preussischen Kultusministerium hinzugezogen worden ist, sondern, daß man hierbei nur die Lehrer der Mädchenschulen und die Frauenvereine berücksichtigt hat, ist bei den in Aussicht genommenen Lehrplänen die Naturwissenschaft nur ganz außerordentlich dürftig und spärlich berücksichtigt worden. Wir bedauern das aufs Tiefste, weil wir der Ansicht sind, daß gerade die Frau einen reichen Schatz von naturwissenschaftlichen Kenntnissen mit auf den Lebensweg bekommen muß.

Wir haben uns ferner auch die Fachschulen angesehen, und da kommen für uns Chemiker in erster Linie die Färbereischulen in Frage, doch haben wir diese Beratungen vertagt bis nach der in Stuttgart stattfindenden Hauptversammlung, auf der die Berichte über die Reformanstalten, die Realschulen und über die Mädchenschulen publiziert werden sollen. Die ausführlichen Lehrpläne für Mathematik und Naturwissenschaften, die sich selbstverständlich an diejenigen der neunklassigen Lehranstalten anlehnen, werden Sie dann Gelegenheit haben, kennen zu lernen.

Geheimrat K l e i n in Göttingen hatte von der Unterrichtskommission den Auftrag bekommen, über die Ausbildung der Lehrer an den Hochschulen in Mathematik und Physik zu berichten. Geheimrat C h u n hat dies in bezug auf die Biologie getan, und ich war gebeten worden, den chemischen Hochschulunterricht für die Lehramtskandidaten zum Gegenstand einer Broschüre zu machen. Aus meinem Berichte, den Sie in dem neuesten Hefte unserer Zeitschrift finden, das soeben hier verteilt worden ist, ersehen Sie, daß meine Vorschläge auf einer Enquete fußen, die ich durch Versendung von Fragebogen an 76 an deutschen Hochschulen tätigen Professoren der Chemie veranstaltet habe. Ich habe

von sämtlichen Herren mehr oder weniger ausführliche Antworten erhalten, ein Zeichen dafür, welch großes Interesse man dem Gegenstand entgegenbringt. Ich will hier nicht weiter auf diese Frage eingehen, sondern empfehle Ihnen, diesen Bericht gelegentlich zu lesen. Sie werden daraus alles weitere ersehen. Ich bin überzeugt, dieser Bericht bzw. diese Enquete wird schon dazu beitragen, daß eine Verständigung in dieser Frage erzielt wird.

Damit nun aber, m. H., die ganze Unterrichtsfrage — sowohl was die Ausbildung unserer Söhne angeht, wie auch vor allen Dingen, was die Ausbildung der Lehramtskandidaten betrifft — weiterhin eine rege Förderung erfährt, hat der Vorstand beschlossen, Ihnen folgende Resolution vorzuschlagen:

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker wolle eine Kommission ernennen, welche zusammen mit dem Vorstande an der Hand des von der Unterrichtskommission der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte erstatteten Berichts — und hier müßte wohl ergänzend hinzugefügt werden: und des demnächst in Stuttgart erscheinenden Berichts — sich mit der Frage der Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den deutschen Schulen zu beschäftigen hat“.

Als Mitglieder dieser Kommission schlagen wir Ihnen als Vertreter der Universitäten Herrn Geheimrat Beckmann - Leipzig, als Vertreter der technischen Hochschulen Herrn Prof. Bredt - Aachen, als Vertreter der landwirtschaftlichen Hochschulen Herrn Prof. Buchner - Berlin, als Vertreter der Chemieschulen bzw. des Färbereiuunterrichts Herrn Prof. von Cöchenhausen - Chemnitz, als Vertreter der Färbereischulen Herrn Dr. Lange - Crefeld und Herrn Prof. Dr. Stockmeier - Nürnberg vor. Wir möchten aber bitten, daß Sie der Kommission das Recht geben, sich auf dem Wege der Kooptation durch geeignete Kräfte zu ergänzen. Wir möchten nämlich gern in diese Kommission noch einige Herren aus dem Schulfach hineinberufen, haben aber zurzeit noch keine geeigneten Namen gefunden.

Vorsitzender: Ich stelle den Antrag zur Diskussion.

Prof. Hummel: Sehr geehrte Herren! Ich hätte zu dieser Frage nicht das Wort ergriffen, wenn ich es nicht für wichtig gehalten hätte, daß wenigstens einer von denen, die die Frage so recht angeht, sich darüber äußert. Ich selbst gehöre dem Berufe der akademisch gebildeten Lehrer an. Ich glaube einen gewissen leisen Tadel aus den Äußerungen des geehrten Herrn Vorredners herausgelesen zu haben, dem ich eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann, gegen den Stand der akademisch gebildeten Lehrer überhaupt und gegen die Unterrichtsverwaltung. Soweit natürlich es die eigentlichen Fachgenossen betrifft, die Naturwissenschaftler unter den akademisch gebildeten Lehrern, so wird wohl nicht bezweifelt werden, daß in diesen Kreisen dieser Frage das lebhafteste Interesse entgegengebracht wird. Wenn aber in dem anderen Teile der akademisch gebildeten Lehrer über diesen Punkt und seine eminente Bedeutung für unser ganzes Kulturleben noch kein richtiges Verständnis herrscht, so ist das eben daraus zu erklären, daß dieser ganze

Stand der akademisch gebildeten Lehrer, soweit es sich um Naturwissenschaften handelt, eben aus der Erziehung und aus der Erziehungsmethode hervorgegangen ist, die wir durch die Einführung der Naturwissenschaft und durch die Durchtränkung mit den Resultaten der Naturwissenschaft zu einer modernen und besseren umgestalten wollen; und, m. H., der Herr Vorredner hat auch mit Recht den Punkt getroffen, wo es bei der Unterrichtsverwaltung in dieser Frage hapert. Die Unterrichtsverwaltung und der Staat sind in ihren Maßnahmen, soweit sie sich auf die Reform des Unterrichtswesens erstrecken, gehemmt durch die eigentümliche Stellung, die sie gewissen politischen Parteien gegenüber einnehmen müssen (Beifall!), und die wir an dieser Stelle nicht weiter zu erörtern brauchen, Sie werden wohl alle verstehen, was ich damit meine. (Bravo!)

Aus diesem Grunde ist es auch sehr wichtig, und ist es geradezu ein Verdienst der Wissenschaft, daß sie hier die Tätigkeit des Staates ergänzt. Man kann es der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte nicht hoch genug anrechnen, daß sie in dieser Frage eine kräftige Initiative ergriffen hat, und daß sie auch mit den Verhandlungen, die die Kommission über die Frage gepflogen hat, so schöne greifbare Resultate gezeitigt hat. M. H.! Ich halte die Forderung, unsere ganze Erziehung mit den Resultaten unserer modernen Naturwissenschaft zu durchtränken, geradezu für das Erziehungsproblem. Wir stecken mit unserer gesamten Schulerziehung noch viel zu sehr in der alten scholastischen Erziehungsmethode, und es ist geradezu eine Forderung der Vernunft, und eine Forderung eines jeden, dem eine gesunde Volksbildung am Herzen liegt, endlich einmal der Naturwissenschaft in unserer Schule zu der Stellung zu verhelfen, die sie ihrer Bedeutung nach verdient. Erst wenn die Wissenschaft, die einen so hohen Flug genommen hat, mit ihren Ergebnissen das Gemeingut aller Gebildeten geworden ist, erst dann werden wir auch in Wirklichkeit das moderne Kulturideal erreicht haben, das wir bis heute noch nicht erreicht haben, eine außerordentlich beklagenswerte Tatsache, die mit die Ursache ist, daß innerhalb unserer Bevölkerung und innerhalb der politischen Parteien eine solche Konstellation möglich war, die den Staat gehindert hat, reformatorisch vorzugehen! Insbesondere — und darauf hat ja auch der Herr Vorredner hingewiesen — ist es eine große Gefahr, wenn wir es der sogenannten populären naturwissenschaftlichen Literatur überlassen wollten, die Resultate der Wissenschaft in das Volk hineinzutragen. Vielfach ist diese Literatur schlecht, vielfach ist sie kritiklos, so daß sie den Gegnern der modernen naturwissenschaftlichen Bildung berechtigten Anlaß gibt, an diesen Punkten die Naturwissenschaft selbst und die Forscher anzugreifen.

Ich will mich bei dieser Frage nicht länger aufhalten. Ich möchte nur hervorheben, daß ich im wesentlichen damit einverstanden bin, daß, wie auf der Unterstufe der biologische Unterricht die Grundlage des naturwissenschaftlichen Unterrichts bilden muß, auf der Oberstufe der Chemie diese Grundlage zugewiesen wird, der Chemie, die ja eigentlich unser Wirtschaftsleben und unsere ganze industrielle Entwicklung auf die Höhe der Wissenschaftlichkeit gehoben hat.

Wenn vorhin auf die preußischen Verhältnisse hingewiesen worden ist, so kann ich Sie versichern, daß bei uns in Baden die Verhältnisse auf diesem Gebiete etwas besser liegen. Wir haben in Baden, dank der Zeit, wie sie in den unteren Klassen zur Verfügung steht, Gelegenheit, den Unterricht in moderner Weise zu erteilen, und wir sind insbesondere auch schon dazu geschritten, den Unterricht, soweit er sich auf die biologischen Fächer erstreckt, experimentell zu gestalten. Auch für den chemischen Unterricht haben wir auf den Realschulen Laboratorien eingerichtet, wir haben eine praktische Unterweisung der Schüler von Sekunda an bis zur Prima. Also soweit es im Rahmen unserer jetzigen Unterrichtsmethode und unseres Lehrplanes möglich ist, ist das bei uns in Baden durchgeführt. Daß es noch nicht weiter zur Durchführung gekommen ist, liegt meines Erachtens daran, daß man bei Begründung der Oberrealschulen glaubte, man müsse dem humanistischen Bildungsideal des Gymnasiums ein mathematisches Bildungsideal entgegensetzen, und daß man den formellen Bildungswert der Mathematik etwas überschätzte, der Mathematik die Stelle zugewiesen hat, die eigentlich der Unterricht in der Chemie und der biologische Unterricht einnehmen müßten.

Wenn ich also mit diesen kurzen Ausführungen hier schließe, so geschieht es mit der Bitte, den Antrag des Vorstandes gut zu heißen. Ich glaube, daß der Verein deutscher Chemiker sich damit neben der Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte eine Ehrenstelle in der Geschichte unseres nationalen Erziehungswesens sichern wird. (Lebhafter Beifall!)

Prof. Dr. Freund: Ich möchte nur noch einem Wunsche Ausdruck geben, der die Zusammensetzung der Kommission betrifft. Ich möchte hervorheben, daß die jetzt zahlreicher gegründeten Handelshochschulen die Ausbildung von Lehrern für die Handelsschulen in die Hand genommen haben, und es sich insofern vielleicht auch empfehlen würde, einen Vertreter der Handelshochschulen mit in diese Kommission hineinzuwählen.

Prof. Dr. C. Duisberg: M. H.! Wir haben über die Handelshochschulen in der Unterrichts-kommission auch gesprochen, haben aber gefunden, daß das eigentlich für uns wenig zu tun ist. An den Handelshochschulen wird mehr das kaufmännische Rechnen im weitesten Sinne, aber keine Mathematik mehr betrieben; der naturwissenschaftliche Unterricht beschränkt sich im wesentlichen auf Warenkunde. Wir haben deshalb in der Kommission beschlossen, die Handelshochschulen von unserem Programm auszuschließen. Wir müssen uns überhaupt Beschränkung auferlegen. Es war zuerst die Neigung vorhanden, sogar die Volksschulen mit in Berücksichtigung zu ziehen. Wir fanden aber bei näherer Überlegung, daß uns das viel zu weit führt, und daß hier die Verhältnisse noch viel zu wenig geklärt sind. Der wunde Punkt liegt hier in der Lehrerausbildung auf den Seminarien. Die ganze naturwissenschaftliche Bildung bei den Volksschullehrern wird rein gedächtnismäßig betrieben; es ist kaum in einem Pädagogium oder Lehrerseminar ein Experimentier-tisch vorhanden, kurzum, es sind himmelschreiende Zustände, die in naturwissenschaftlicher Richtung da zutage treten. Dort wollen wir gern einsetzen!

Prof. Dr. Freund: Ich möchte nur darauf hinweisen — ich bin selbst Professor an einer Handelshochschule —, daß die chemische Technologie einen Prüfungsgegenstand bildet, wenn auch keinen obligatorischen, und daß diejenigen, welche diesen Prüfungsgegenstand wählen, doch eine genügende Kenntnis nicht nur der Technologie, sondern auch der reinen Chemie nachweisen müssen. Ich glaube, daß dieser Standpunkt an den Handelshochschulen immer mehr und mehr zum Durchbruch gelangen wird, daß diejenigen, welche hinausgehen, um als Lehrer an Handelsschulen zu wirken, auch eine gute Kenntnis der Chemie mitbringen müssen, um sie ihren Schülern übermitteln zu können. Unter diesen Umständen dürfte es sich doch empfehlen, die Handelshochschulen nicht zu vernachlässigen.

Prof. Dr. C. Duisberg: M. H., Die Ausbildung der Lehrer, auch der Handelshochschullehrer bildet den Gegenstand unseres Programms. Sie spielt ja eine hervorragende Rolle, und aus diesem Grunde sind wir auch sehr gern bereit, einen Vertreter dieser Richtung zuzuwählen. — Wir werden also in der Kommission beraten, ob es sich nicht empfiehlt, dem Wunsche des Herrn Prof. Dr. Freund Rechnung zu tragen.

Vorsitzender: Da sich niemand mehr zum Wort meldet, bringe ich den Antrag zur Abstimmung und frage, ob die Herren mit diesem Antrage und mit der Zusammensetzung der Kommission einverstanden sind.

Es erhebt sich kein Widerspruch, der Antrag ist also angenommen.

11. Antrag des Bezirksvereins Oberrhein:

Es empfiehlt sich, den Mitgliedern des Vereins deutscher Chemiker von Vereins wegen unter Vermittlung der Geschäftsstelle rechtskundige Belehrung, Auskunft und Ratserteilung in allen ihre gewerblichen Rechtsverhältnisse (wie Anstellungsverträge usw.) betreffenden Fragen von prinzipieller Bedeutung zur Verfügung zu stellen. Es wird daher der Hauptvorstand ersucht, die Anstellung eines rechtskundigen Beirates in Erwägung zu ziehen.

Dr. F. Raschig: M. H.! In Abwesenheit des Herrn Hofrat Dr. Caro bin ich beauftragt worden, den Antrag des Bezirksvereins Oberrhein hier zu vertreten. Er lautet: (Redner verliest den Wortlaut des Antrages).

M. H.! Dieser Antrag hat im Oberrheinischen Bezirksverein und teilweise auch im Frankfurter Bezirksverein, wo er in Gemeinschaft mit dem Oberrheinischen Bezirksverein verhandelt wurde, zu ziemlich erregten Debatten geführt. Ich möchte beinahe befürchten, daß heute das Gleiche der Fall sein wird, und Ihnen deshalb von vornherein nahelegen, diesen Antrag nicht zu schwer zu nehmen, nichts dahinter zu suchen, was nicht dahinter steckt, ihn nicht im positiven, wie im negativen Sinne zu übertreiben. Gestatten Sie mir, Ihnen in aller Kürze darzulegen, wie wir dazu gekommen sind, diesen Antrag zu stellen.

Wir haben uns der Erkenntnis nicht verschließen können, daß in weiten Kreisen des Chemikerstandes — sowohl der angestellten wie der anstellenden Chemiker — Gegensätze vorhanden sind,

die sich auf politischem Gebiete bewegen, Gegensätze, die ungefähr in derselben Richtung liegen, wie der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Gegensätze sind vorläufig in unserem Vereine noch nicht deutlich ausgesprochen worden, sie sind aber von einem anderen Vereine sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden: Dem Vereine der technischen Angestellten, der in hochgradig agitatorischer Weise versucht hat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in unserem Fache gegeneinander auszuspielen. Damit hat man nun, soviel mir bekannt, bei unseren Chemikern bisher noch nicht viel Anklang gefunden; es ist aber doch zu befürchten, daß derartige Bestrebungen auch auf Mitglieder unseres Vereins übergreifen.

Nun haben wir gefragt: Was soll man tun, wenn man sieht, daß zwei Strömungen existieren, die sich womöglich schon in naher Zukunft aufeinander zubewegen und zu einem feindlichen Zusammenreffen führen, das auf alle Fälle für beide Teile verlustbringend sein muß? Wie schließlich der Kampf ausgeht, kann man ja noch gar nicht wissen; aber sicher ist, daß er beide Seiten schädigen wird. Da haben wir uns gesagt: Es ist das allerbeste, man sucht einen solchen Kampf zu vermeiden, indem man ein versöhnendes Element in die Mitte legt, und ein derartiges versöhnendes Element erblicken wir in der Anstellung eines rechtskundigen Beirates, der imstande ist, alles Streitmaterial, was ihm von den verschiedenen Seiten zugeht, zu sammeln, zu sichten, zu verarbeiten, Rat zu erteilen, dort, wo vielleicht übertriebene Hoffnungen gehegt werden, zu warnen, an anderen Stellen, wo man meint, übertriebene Ansprüche stellen zu dürfen, vermittelnd einzutreten.

Nun ist gestern im Vorstandsrat gesagt worden: Einen solchen Juristen gibt es ja gar nicht; die Verhältnisse gerade bei den angestellten Chemikern sind so komplizierter Art, sie werden nicht allein beeinflusst durch die Gesetzgebung, sondern auch durch die Rechtsprechung, durch Urteile des Reichsgerichts, durch Brauch, durch langjährigen Usus und dgl. mehr, so daß eine Instanz, irgend ein Rechtsanwalt, der all das Material bei sich hat und bearbeitet, den man jetzt engagieren könnte als fertigen Beirat, um diese Fragen zu behandeln, gar nicht zu finden ist. Das habe ich ohne weiteres zugegeben. Zu finden ist der Mann nicht; er muß eben geschaffen werden. Er wird nicht gleich fix und fertig durch unseren Beschluß hingestellt werden, aber er wird, wenn der Beschluß in Kraft tritt, in kurzer Zeit eine solche Fülle von Material von allen Seiten zugetragen bekommen, daß in seiner Person und auf seinem Bureau sich allerdings nachher eine vermittelnde Stelle herausbildet, wo alles Material vorhanden ist, das es ermöglicht, Streitigkeiten, soweit es irgend geht, von vornherein zu vermeiden oder sie beizulegen, bevor sie weiter greifen.

In der gestrigen Sitzung des Vorstandsrates sind zweierlei Ansichten über diesen Antrag aufgetaucht. Die eine ging dahin, daß man damit sehr vorsichtig sein müsse, das könne zu gefährlichen Konsequenzen führen, man solle lieber von dergleichen absehen. Der anderen Richtung ging der Antrag nicht weit genug. Sie wollte Kautelen dafür haben, daß der rechtskundige Beirat auch wirklich im Sinne der Angestellten arbeite. Das kann man

natürlich nicht garantieren. In unserem Vereine vereinigen sich Angestellte wie Anstellende. Wir wollen nicht einen Beirat schaffen, der einer bestimmten Kategorie Rat erteilt, sondern einen solchen, der beiden Richtungen mit Rat und Warnung zur Seite steht, dessen Bestreben darauf gerichtet ist, möglichst zwischen den entgegengesetzten Strömungen zu vermitteln und ein feindliches Aufeinanderplatzen zu verhindern. So sind wir gestern im Vorstandsrat zu der Ansicht gekommen, daß man den Antrag genau so, wie er hier steht, unterstützen und annehmen sollte. Die Form, wie sie vorliegt, zu finden, hat sehr viel Kopfzerbrechen gemacht, und es ist schließlich der stilistischen Gewandtheit des Herrn Hofrat Caro und seiner Autorität zu verdanken, daß wir eine Fassung gefunden haben, auf die sich alle Teile vereinigen können. Ich möchte deshalb hoffen und wünschen, daß auch die heutige Versammlung diesem Antrage ihre Zustimmung erteile.

Prof. Hummel-Karlsruhe: Sehr geehrte Herren! Ich werde gegen diesen Antrag stimmen, aber nicht etwa aus dem Grunde, weil ich es nicht begrüßen würde, daß derartige soziale Bestrebungen in einem Antrage des Vereins deutscher Chemiker zum Ausdruck kommen, sondern aus Gründen, die lediglich anderer und wesentlich sozialer Natur sind. Aus den einführenden Worten des Herrn Vorredners, der den Antrag begründet hat, geht ja recht deutlich hervor, daß der eigentliche Anlaß zur Stellung dieses Antrages die Überzeugung war, daß sich zwischen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Industrie durch die Art und den Inhalt der Verträge ein fremdes Etwas hineingedrängt hat, was vielleicht der Anlaß sein könnte, daß eine gewisse Verstimmung — und das wäre sehr bedauerlich — zwischen diesen beiden Kreisen entstehen könnte. Daß diesen Verträgen, wie sie in der Industrie und insbesondere in der chemischen Industrie üblich sind, gewisse formalistische Mängel anhaften, ist mir noch nie zu Ohren gekommen. Ich wüßte deshalb auch gar keinen Grund, warum man als Beirat für diese Fragen gerade einen Juristen wählen sollte. Es könnte ja natürlich nur ein sehr junger Jurist sein; denn einen älteren Juristen würde man für einen derartigen Posten nicht gewinnen können. Einen jüngeren Juristen halte ich unter unseren heutigen Verhältnissen nicht genügend mit sozialem Öl und Verständnis getränkt, als daß er ein so delikates Verhältnis mit Geschick und Sachkenntnis lösen könnte. Aber ich bin schon aus einem anderen Grunde dagegen, daß man mit dieser Funktion eine einzige Person betraut, aus einem Grunde, den der Herr Vorredner ganz leise gestreift hat. Er hat darauf hingewiesen, daß man ja keinen Beirat haben will, der nach einer bestimmten Seite hin Stellung nimmt. Er soll nicht ein einseitiger Vertreter der geistigen Arbeitnehmer sein, er soll auch nicht ein einseitiger Vertreter der Arbeitgeber sein. Ich glaube nun, es gehört schon eine große Kunst dazu, eine Persönlichkeit zu entdecken, die den nötigen Takt und das nötige Verständnis hätte, um dieses delikate Verhältnis wirklich in die richtigen Bahnen zu lenken, und es zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Also ich glaube, die Anregung würde schon an der physischen Unmöglichkeit scheitern, hier eine fruchtbringende Tätigkeit als einzelner ausüben zu können.

Ich meine aber — und darauf habe ich ja schon vorhin hingewiesen — es ist ja an sich nicht der formal-juristische Charakter der Verträge in der Industrie, der zu diesen Unzuträglichkeiten — wie wir es einmal bezeichnen wollen — geführt hat, sondern es ist der materielle Inhalt dieser Verträge, der nicht nach der juristischen, sondern nach der wirtschaftlichen, nach der geschäftlichen Seite hin diese Mängel gezeitigt hat.

Wenn der Herr Vorredner mit einem gewissen absprechenden Urteil von den agitatorischen Versuchen des Verbandes der Techniker gesprochen hat, diese Frage zum Zankapfel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu machen, so kann natürlich davon keine Rede sein. Es ist aber sehr leicht begreiflich, daß, wenn die Arbeitnehmer in der Industrie ihre Interessen in dieser Frage vertreten wollen, das unter Umständen auch einmal in einer Form geschieht, die vielleicht nicht gewählt wäre.

Was aber nun — und ich glaube, das wird die Ursache dieses Antrages gewesen sein — den materiellen Inhalt der Verträge betrifft, so ist es ja ganz sicher, daß in diesen Verträgen Bestimmungen im einzelnen und im allgemeinen enthalten sind, die vielleicht im Wege eines gütlichen Übereinkommens zwischen diesen beiden Interessentengruppen entschieden werden könnten. Ich denke mir den Weg aber anders, als daß man die Regelung dieser Frage einem zu ernennenden juristischen Beirat überträgt. Ich denke mir die Sache so, daß man eine gemischte Kommission ernennt, die in vertraulicher Weise die außerordentlich wichtigen Fragen behandelt, deren Behandlung überdies dadurch auch der Öffentlichkeit etwas entzogen wird, was im Interesse der Sache vielleicht auch ganz wünschenswert wäre. Daß aber wirkliche Mängel auf diesem Gebiete vorhanden sind, ist ja schon in den Verhandlungen des Reichstages hervorgetreten. Sie werden ja alle wissen, daß der Abgeordnete *Bassermann* einen Antrag im Reichstage gestellt hat, der sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt, und daß er darin von dem freisinnigen Abgeordneten *Pott* *hoff* unterstützt wurde, ja daß sogar die Herren von der konservativen Partei und vom Zentrum im Verfolg dieses Antrages *Bassermann* ihre Zustimmung dazu gegeben haben, daß die Gesetzgebung in das Arbeitsverhältnis zwischen dem technischen Angestellten und der Industrie eingreift. Auch im badischen Landtage ist vor einigen Wochen durch die Abgeordneten *Dr. Heimburger* und *Dr. Binz* dieselbe Sache zur Sprache gebracht worden.

Es kann hier natürlich nicht der Ort sein, darüber zu entscheiden, inwiefern die Einzelbestimmungen, die in den Verträgen vorkommen, nach der einen oder anderen Seite hin zu hoch gegriffen sind. Es muß aber wohl darauf hingewiesen werden, welches denn die Bestimmungen sind, die in das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern der Industrie und den technischen Angestellten eine gewisse Dissonanz hineingetragen haben. Ich will nur in aller Kürze erwähnen, daß da insbesondere die Konkurrenzklause eine große Rolle spielt, sowohl was die räumliche als auch was die zeitliche Ausdehnung betrifft. Wie gesagt, es kann hier nicht der Platz sein, zu erörtern, inwiefern die zeitliche und räumliche Ausdehnung in der Konkurrenzklause be-

rechtigt ist. Es darf aber wohl darauf hingewiesen werden, daß diese Frage eine Hauptrolle bei diesen Dissonanzen gespielt hat. Es sind aber dann insbesondere — und das berührt ja den Verein deutscher Chemiker sicher — Fragen, die das Patentrecht berühren, die ebenfalls in manchen Verträgen eine Erledigung gefunden haben, die zu lebhaftem Bedenken Anlaß gegeben hat. Es wäre insbesondere auch auf das Kündigungswesen hinzuweisen, das in den Verträgen vielleicht nicht immer so geregelt war, wie es wünschenswert wäre. Einen ganz besonderen Mißstand aber hat man vielerorts darin gefunden, — und das bezieht sich hauptsächlich auf die chemische Industrie, und ich will gleich hinzufügen, daß ich, wenn man etwa einwenden sollte, die Bestimmung, die ich jetzt erwähnen will, käme nicht allgemein vor oder beschränke sich auf einzelne unbedeutende Firmen, in der Lage bin, nachher denjenigen Herren, die es interessiert, in vertraulicher Weise Originalverträge von sehr bedeutenden deutschen Firmen zu zeigen, die vielleicht Anlaß zu dieser Anregung gegeben haben — ich sage: einen ganz besonderen Mißstand hat man vielerorts in der Bestimmung über gewisse wirtschaftliche Forderungen gefunden, die der Arbeitgeber an den technischen Angestellten stellt, und die unter Umständen über das Maß dessen hinausgehen, was sich eventuell auf juristischem Wege noch ertragen lassen würde, daß daraufhin das Ehrenwort in diesen Verträgen abverlangt wird. Ich meine, es wäre prinzipiell unangebracht — und ich erinnere mich da mit Freuden an etwas, was einer der Herren Vorredner über akademische Freiheit gesprochen hat —, es wäre prinzipiell unangebracht, in wirtschaftlichen Fragen ein Ehrenwort überhaupt zu verlangen oder, wenn es verlangt wird, abzugeben. Akademische Korporationen sind in dieser Beziehung vorangegangen, indem sie ihren Mitgliedern verbieten, in Geldsachen das Ehrenwort abzugeben, und ich meine, das ist eine Sitte, die auf wirtschaftliche Fragen übertragen zu werden verdient.

Ich will mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken. Ich glaube darin in aller Kürze skizziert zu haben, daß in Wirklichkeit derartige Dissonanzen vorhanden sind, und daß sie von einer Art sind, daß sie durch die Wahl eines einzelnen juristischen Beirates nicht ihre volle Lösung finden können. Wie gesagt, es liegt dann aber im Interesse des Verhältnisses zwischen den Arbeitgebern und den Beamten der technischen Industrie, daß diese Angelegenheit recht delikat und recht vertraulich behandelt wird. Ich halte es deshalb für angebrachter, statt eines juristischen Beirates eine Kommission, eine paritätische Kommission zu wählen, die die Sache in die Hand nimmt, die insbesondere den Inhalt der Verträge, wie sie in der Technik üblich sind, zum Gegenstand ihres Studiums zu machen und in einer Weise, die man wohl dem Takt überlassen kann, darauf hinzuwirken hätte, daß derartige in Zukunft nicht mehr vorkommt. Oder daß ein Weg gefunden wird, der diese Frage in befriedigender Weise löst, in befriedigenderer Weise, als es möglich wäre, wenn man sie einem einzelnen juristischen Beirat übertragen würde.

Privatdozent *Dr. Jordis* - Erlangen: Die Ausführungen des Herrn Vorredners waren gewiß

interessant, ich glaube jedoch, daß er einige Punkte übersehen hat. Er meinte, daß sich weder ein jüngerer, noch ein älterer Jurist finden würde, der die Aufgabe übernehme und in befriedigender Weise lösen würde. Ich glaube, das ist dasselbe, was Herr Dr. Raschig bereits bemerkt hat. Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben doch wohl auch gezeigt, daß ein umfangreiches Material vorliegt, das entschieden von bedeutendem Werte für die Aufgabe ist, die bereits dem Beirat überwiesen worden ist, nämlich der Sammlung von Material und der Sichtung desselben. Es ist, glaube ich, anzunehmen, daß dieser juristische Beirat kaum als einzelne Person zu handeln haben wird, sondern er wird immer mit dem Vorstände des Vereins gemeinsam handeln müssen, und ich sehe in dieser gemeinsamen Arbeit bereits die Kommission, die der Herr Vorredner gefordert hat. Aber wenn er darauf hingewiesen hat, daß es ja nicht die juristische Form der Verträge, sondern der Inhalt derselben sei, was hier in Betracht käme, so ist doch auf der anderen Seite zu bedenken, daß dieser Inhalt, wenn es sich um einen Vertrag handelt, in eine geeignete juristische Form gebracht werden kann, und daß zu diesem Zweck eben ein Jurist vorhanden sein muß. Ich glaube weiter, daß, wenn wir einen solchen Juristen haben, dieser in seine Aufgabe hineinwachsen wird, und das ist es ja, um was es sich handelt. Erst mit der Bestätigung dieser Stelle wird das Material geschaffen werden, worauf es ankommt und wird sich die Geschicklichkeit herausbilden, die wünschenswert ist. Ich meine also, wenn ein solcher Jurist da ist, wenn gleichzeitig der Vorstand des Vereins da ist, so haben wir eine Kommission, die sowohl nach der juristischen Seite — nach der formellen — als auch nach der inhaltlichen Seite sehr vielersprießliches wirken kann und ich glaube, daß diese Stelle gerade in der Art aufgefaßt werden muß, daß diejenigen Herren, die Meinungsverschiedenheiten oder Beschwerden nach dieser oder jener Richtung haben, sich an sie wenden. Das, was der Antrag bezweckt, wird am besten durch den Vorschlag ausgeführt, der uns vom Vorstände gemacht ist.

Dr. von Vietinghoff-Scheel: M. H.! Wir sind mit diesem Thema auf eines der schwierigsten, und zwar nicht nur schwierigsten, sondern auch gefährlichsten Gebiete gekommen (sehr richtig!), die den Verein überhaupt beschäftigen können. Ich will heute nicht auf die eigentliche Materie eingehen, und zwar deshalb, weil sie von verschiedenen Seiten beleuchtet werden müßte, und weil weder die Zeit, noch auch Ihre wie meine Vorbereitung ausreicht, um diese Sache in der gründlichen Weise zu erörtern, wie es geschehen müßte, damit wir überhaupt vom Flecke kommen.

Ich möchte mir deshalb nur eine Bemerkung erlauben, nämlich die, daß der vorliegende Antrag nicht im Interesse des Vereins als Vereins zu liegen scheint. Es wird sich nämlich herausstellen, daß der juristische Beirat in 99 von 100 Fällen den Angestellten Beistand gegen die Arbeitgeber zu leisten hat, d. h. der juristische Beirat wird vom ganzen Verein besoldet werden, um gegen einen Teil des Vereins zu wirken. Das ist aber sehr leicht zu begründen. Die Anstellungsverträge werden ausnahmslos von den Firmen gemacht, und diese wissen ganz genau, was für Anstellungsverträge ihnen dienlich

sind, und was sie rechtlich verantworten können. Wenn sie in der Schroffheit der Abfassung, in der Härte der Bedingungen zu weit gehen — erinnert sei an den Karenzparagraphen, ebenfalls eine außerordentlich schwierig zu beurteilende und vielfach übertrieben zu Ungunsten der Arbeitgeber ausgebeutete Bestimmung — so wäre das weit eher durch ein vollkommen unparteiisches mehrköpfiges Schiedsgericht zu beseitigen oder wenigstens zu mildern — ich glaube, den ersten Herrn Diskussionsredner dahin verstanden zu haben, daß diese Kommission als Schiedsgericht wirken soll (Zustimmung!) — als durch einen juristischen Beirat, der ja nur einen Kopf hat und schließlich, wenn er in Anspruch genommen wird, entweder aus seinem Herzen eine Mördergrube machen oder gegen den ihm tatsächlich zu hart erscheinenden Arbeitsvertrag vorgehen müßte. M. H.! Die Anstellungsverträge, wie wir sie haben, und wie ich sie in den Jahren meiner Praxis am eigenen Leibe durchgekostet habe, sind ja nicht entstanden infolge der — ich will einmal sagen — tyrannischen Veranlagung der Direktoren oder der Fabrikbesitzer, sondern sie beruhen zum größeren Teile auf dem Umstande, daß die sogenannten Gesellschaftserfindungen, d. h. die Erfindungen, die nicht vom einzelnen herrühren, sondern aus dem gesamten Betriebe einer Fabrik hervorgehen, nicht als Patente des einzelnen zu klassifizieren sind, daß ferner so und so viel wichtige Einzelheiten, vielleicht mehr noch als in Patenten niedergelegt sind, als Fabrikgeheimnis gewahrt bleiben, da sie patentmäßig überhaupt nicht zu schützen sind. Die Karenzfrage z. B., die, wie ich glaube, in den allermeisten Fällen den erheblichsten Grund zu Differenzen gibt, wäre meiner Ansicht nach durch einen juristischen Beirat überhaupt nicht zu regeln, sondern dazu würde es mindestens eines oder mehrerer technischer Beiräte bedürfen, welche die Bedeutung des einzelnen Falles zu würdigen fähig sind. Es ist demnach nicht wohl zu begreifen, was der juristische Beirat, wenn er wirklich als Unparteiischer im Streitfalle wirken sollte, wegen seines Mangels an Sachkenntnis eigentlich zu wirken vermöchte. Ich habe versucht, andererseits vorhin deutlich zu machen, daß bei der Abfassung der Anstellungsverträge der Jurist im allgemeinen der Anwalt des wirtschaftlich Schwächeren gegen den wirtschaftlich Stärkeren und damit der eine Teil des Vereins gegen den anderen mobil gemacht würde, was sicherlich nicht im Interesse der Gesamtheit läge. Diese beiden Gründe sollten genügen, um den an sich außerordentlich nützlichen Zweck des Antrages des Oberrheinischen Bezirksvereins nicht mit einem untauglichen Mittel zu verfolgen, d. h. mit der Anstellung eines juristischen Beirates, die weder in dem einen noch in dem anderen Falle zur Besserung der Verhältnisse beitragen kann.

Dr. E. Köbner: Ich möchte nur auf eins hinweisen. Der Herr Vorredner hat hervorgehoben, daß man auf eine ausführliche Diskussion über diese Materie heute keineswegs genügend vorbereitet ist und dazu auch keine Zeit hat. Andererseits kann ich nicht einsehen, was für ein Schaden entstehen sollte, wenn wir heute den Vorschlag des oberrheinischen Bezirksvereins annehmen. Keiner von uns kann sagen, wie sich die Sache in praxi gestalten wird, — kein einziger. Was wir bis jetzt gehört haben, sind

alles Spekulationen, Ansichten, Theorien. Also lassen Sie uns doch einmal den Versuch machen, wie eine solche Einrichtung arbeitet! Lassen Sie uns doch einmal Erfahrungen sammeln, die uns vielleicht in ein oder zwei Jahren in den Stand setzen werden, die ganze Frage in praktischer Weise anzugreifen! Wenn sie dem Antrag des Oberrheinischen Bezirksvereins beistimmen, so werden Sie sicher weder einen schädigenden, noch einen für den Verein kostspieligen Versuch machen. Ich meine deshalb, daß es von Nutzen sein wird, wenn wir uns heute darauf beschränken, zu sagen: Wir machen eine Probe, ob diese Lösung, die wir vorschlagen, die richtige ist und wir sehen zu, wie das bei der Rechtsschutzstelle einlaufende Material beschaffen ist, ob die behaupteten Differenzen überhaupt Differenzen oder nur Mißverständnisse sind, die sich gewissermaßen mit einer Handbewegung beseitigen lassen. Darum bitte ich Sie: Nehmen Sie den Vorschlag an! und ich richte diese Bitte auch an die Herren, denen er zu wenig bringt, wie an diejenigen, denen er zu weit geht, weil durch einen Versuch vielleicht etwas, was Ihren Ansichten entspricht, in der Zukunft gefunden werden kann.

Prof. Hummel: G. H.! Der Vorschlag, einen juristischen Beirat zu ernennen, leidet an einem weiteren prinzipiellen Fehler, der, wie ich mir nachträglich überlege, auch dem vorgeschlagenen Schiedsgericht anhaftet. Ich bin nämlich der optimistischen Überzeugung, daß die Mißstände, die da in den Verträgen zutage getreten sind, keine dauernden sind. M. H.! Wenn ich die Überzeugung hätte, daß das immer und ewig in der Industrie so gehen werde, daß immer und ewig solche Verträge abgeschlossen würden, dann wäre ich nicht mit meinem Vorschlage hervorgetreten, in vertraulicher Weise innerhalb einer Kommission diese Dinge behandelt zu wissen. Ich bin im Gegenteil der festen Überzeugung, daß es nur einer Anregung der Kommission, die wir zu diesem Zwecke zu ernennen hätten, bedarf, einer Anregung, die auf dem Studium der einschlägigen Verhältnisse beruht, um alle die wesentlichen Mißstände, soweit sie überhaupt durch Vereinbarung zu beseitigen sind, aus der Welt zu schaffen. M. H.! Wenn wir einen dauernden juristischen Beirat ernennen, so dokumentieren wir damit ja förmlich, daß in der Industrie immer wieder solche Verträge vorkommen werden. Ich glaube, daß wäre geradezu ein Mißtrauensvotum in das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und den technischen Angestellten. Insbesondere glaube ich, daß die Frage des Ehrenwortes, die meines Erachtens die brennende ist, gar nicht anders geregelt werden kann als dadurch, daß innerhalb der Kommission diese Verhältnisse zur Sprache kommen. Ich bin sehr gern bereit, dieser Kommission Material aus allen Himmelsgegenden unseres deutschen Vaterlandes vorzulegen, und ich glaube, daß es genügen würde, wenn diese Kommission in der nächsten Jahresversammlung ein Urteil über die Ansicht abgibt, die sie aus den Verhandlungen gewonnen hat. Gerade, um zu zeigen, daß sie der Meinung sind, daß das ganze Verhältnis in aller Kürze und Güte erledigt werden kann, müssen wir für eine Kommission und nicht für ein dauerndes Institut stimmen.

Dr. O. M a k o w k a: M. H.! Ich habe den Ausführungen, die bisher über diese Sache gemacht sind, wenig hinzuzufügen. Ich habe mich gestern bereits im Vorstandsrat in ähnlicher Weise, wie hier erörtert worden ist, geäußert und bin der Überzeugung, daß wir mit diesem Antrage sicher nicht viel erreichen werden. Eine Vermittlung, wie sie hier vorgeschlagen ist, ist immer etwas Provisorisches. Ich meine, wenn eine Vermittlung notwendig ist, handelt es sich immer um Interessengegensätze, ob diese Interessengegensätze überhaupt durch eine Kommission ausgleichbar sind, darüber kann ich mich nicht so optimistisch äußern, wie der Herr Vorredner. Ich glaube, daß sich gar wesentliche Interessen gegenüber stehen, und daß also mit dieser Art von Vermittlungsvorschlägen wohl nichts erreicht wird; denn, wenn wir das einem einzelnen Juristen, überhaupt einem einzelnen Kopf überlassen, so wird er sich immer den herrschenden Strömungen anschließen müssen, oder er wird zu gar keiner Stellungnahme kommen.

Wie weit bereits Tatsachen bekannt sind, die eine sehr einseitige Interessenvertretung verraten, darüber will ich mich nicht eingehender äußern. Sie sind, wie der Herr Vorredner schon andeutete, in der 59. Reichstagssitzung genügend gekennzeichnet. Es geht daraus hervor, daß tatsächlich Vertragsverhältnisse vorliegen, die vollständig gegen die guten Sitten, wie auch — das ist mit Recht hervorgehoben worden — geradezu gegen das Wuchergesetz verstoßen. Ich könnte Ihnen hierüber einiges verlesen. So sagt z. B. der Abgeordnete Dr. P o t t h o f f:

„Deshalb muß ich diese Art von Engagementsverträgen als einen Wucher der schlimmsten Art bezeichnen“;

er erinnert dabei an die Wucherparagraphen und sagt weiter:

„Ich bin überzeugt, daß kein Gerichtshof einen der von mir erwähnten Arbeitgeber auf Grund dieses Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches (§ 302 d und e) verurteilen wird. Das hindert aber nicht, daß vor dem Richterstuhle der Moral das Urteil hier auf schuldig lautet, schuldig wegen gewerbsmäßiger Ausbeutung der Notlage eines anderen, von dem man sich Arbeitsleistungen, also Vermögensvorteile, versprechen läßt, die in keinem Verhältnis zu dem bezahlten Gehalte stehen“.

Also meine Herren, es sind tatsächlich solche Verhältnisse vorhanden, die sich mit dem Paragraphen des Gesetzes nicht bekämpfen lassen. Ob das durch eine Kommission möglich sein wird, müsse die Erfahrung lehren.

Dr. H a s e: M. H.! Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, daß eine Kommission ernannt werden möchte. Soviel mir bekannt, ist das nach den Statuten nicht zulässig, da Anträge bekanntlich längere Zeit vor der Hauptversammlung gestellt sein müssen. Andererseits ist das Thema jetzt von den verschiedensten Seiten beleuchtet worden, und ich glaube, die Meinungen sind im allgemeinen geklärt. M. H.! Wir beschäftigen uns mit der Angelegenheit schon recht lange Zeit, und wir haben noch vier weitere Anträge zu besprechen, sowie geschäftliche Mitteilungen entgegen-

zunehmen. Ich glaube, die Zeit drängt, und ich möchte deshalb den Antrag auf Schluß der Debatte stellen.

Vorsitzender: Es sind noch zum Wort gemeldet Herr Dir. Russig und Herr Prof. Dr. Duisberg. Wird der Antrag auf Schluß der Debatte unterstützt? (Zustimmung!)

Vorsitzender: Falls der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen werden sollte, so habe ich nur noch Herrn Dr. Russig und Herrn Prof. Duisberg das Wort zu geben. Ich lasse abstimmen.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages auf Schluß der Debatte. Ich lasse außerdem darüber abstimmen, ob die beiden Herren, die vor der Annahme des Schlußantrages auf der Rednerliste standen, noch zum Wort kommen sollen. Die Abstimmung ergibt, daß den beiden Herren das Wort zu erteilen ist.

Dir. F. Russig: G. H.! Ich hätte ebensogut verzichten können; denn wir haben gestern über den Punkt ja schon lange genug gesprochen. Ich wollte nur feststellen, daß es nach den Reden, die wir heute gegen den Antrag gehört haben, und wenn die Zustände in unserem Stande wirklich so traurig wären, wie sie von den Gegnern des Antrages Oberrhein dargestellt werden, es eigentlich verwunderlich ist, daß derartige Anträge, wie die Herren sie heute stellen, nicht rechtzeitig, also 6 Wochen vor der Hauptversammlung auf Aufforderung des Vorstandes hin in großer Anzahl bei dem Vorstände eingereicht worden sind. Dann wären wir in der Lage gewesen, uns auch mit dieser Kommission oder mit diesem Beirat zu befassen; dann wäre es nicht nötig, heute eine derartige uferlose Debatte zu führen über Dinge, die in dem Antrage gar nicht drin liegen. Jedem Mitgliede des Vereins steht es frei, einen Antrag einzureichen, und jeder Bezirksverein ist wiederholt zur Stellung seiner Anträge aufgefordert worden. Nur der Oberrheinische Bezirksverein hat davon Gebrauch gemacht, und meiner Ansicht nach — ich glaube, die Herren werden mir beipflichten — kann es sich nur darum handeln: wollen wir heute als Versammlung dem Antrage des Oberrheinischen Bezirksvereins zur Annahme verhelfen, oder wollen wir das nicht? Jedem steht es dann frei, im nächsten Jahre einen neuen Antrag einzubringen, jedem, der heute gegen den Antrag gesprochen hat, steht es frei, dagegen zu stimmen.

Prof. Dr. Duisberg: M. H.! Das Motiv, das diesem Antrag zugrunde liegt, ist von Herrn Dr. Raschig in klaren und durchsichtigen Worten festgestellt worden. Es ist eigentlich die Vertragsfrage, um die es sich in erster Linie handelt. Dies ist ja auch in dem Antrage selbst offen ausgesprochen. Nun, m. H., ist der Anstellungsvertrag eines der schwierigsten und delikatesten Kapitel, die es überhaupt gibt. Einerseits ist der Fabrikbesitzer oder Fabrikdirektor, also der sogenannte Arbeitgeber, in einer außerordentlich schwierigen Situation, und zwar in unserer Zeit, wenigstens soweit Arbeiter in Frage kommen, in einer sehr viel schwierigeren als der Arbeitnehmer. Das werden mir alle diejenigen zugeben, die heute mit Arbeitern zu tun haben und jene Arbeiterschwierigkeiten, wie sie uns täglich entgegentreten, aus eigener Erfahrung kennen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und

Arbeiter ist zwar gesetzlich geregelt, aber im Kern der Sache ist der Arbeiter durchaus frei und unabhängig. Er kann an jeder Tür Arbeit in Hülle und Fülle finden, und wenn er fleißig und geschickt ist, heute oft mehr Geld verdienen und sein Leben günstiger gestalten, wie die kleinen kaufmännisch gebildeten Angestellten. Diese Freiheit, in bezug auf ihr Arbeitsverhältnis ist aber bei den technischen Angestellten, zumal denen der chemischen Industrie, nicht möglich und steht im Widerspruch mit den Interessen der Industrie. Hier muß also der Vertrag Bestimmungen nicht nur über die Art und Weise der Tätigkeit, sondern auch über die Zeitdauer und die Karenz enthalten. Ein solcher schriftlicher Vertrag zwischen dem Fabrikbesitzer, also dem sogenannten Arbeitgeber auf der einen Seite und dem Chemiker oder Ingenieur auf der anderen Seite wäre an sich gar nicht nötig, sondern, wenn wir uns auf den Standpunkt unserer gemeinsamen Erziehung und Bildung stellen, so würde eine mündliche Vereinbarung, auf Handschlag hin, vollkommen genügen und ausreichen. Mündliche Verabredungen gelten bekanntlich nach dem Gesetz genau ebenso gut, wie schriftliche. Nun stellt aber ein solcher schriftlicher Vertrag, wie er Ihnen vielleicht schon vielfach zu Gesicht gekommen ist, eine Sammlung dar von all jenen Erfahrungen, die im Laufe von Dezennien von der einen oder anderen Fabrik gemacht worden sind. Es gibt nicht nur zufriedene, sondern auch unzufriedene Angestellte, auch unter den Chemikern und Ingenieuren. Vielfach sind daran nicht einmal die Personen, sondern die Verhältnisse schuld. Ist nun jemand unzufrieden in und mit seiner Stellung, so versucht er, trotz der getroffenen und auf eine bestimmte Zeit festgelegten Abmachungen aus dem Rechtsverhältnis, das ihn bindet, herauszukommen, er versucht, die Bindung, die ihm, auch nach der Lösung des Vertragsverhältnisses auferlegt worden ist und auferlegt werden mußte, zu beseitigen, um sich frei zu bewegen, und daraus entsteht dann Streit. Das Resultat dieser Streitigkeiten ist dann vielfach das Gefühl der Bitterkeit, ja der Rache gegen denjenigen, mit dem der Vertrag abgeschlossen wurde. Die Erfahrungen, die die Fabriken dann bei solchen Prozessen usw. machen, werden zu Vertragsklauseln verdichtet, und diese klingen viel härter und viel schärfer, als sie eigentlich gemeint sind. Die Rechtsprechung ist bekanntlich heute im Zweifelsfalle immer für den sozial Schwächeren, also den Angestellten. Man muß ja auch zugeben, daß, wenn der junge Chemiker von der Hochschule kommt, ohne irgend welche Rechtserfahrungen, ohne irgend welche Möglichkeit, einen Einfluß auf sein Vertragsrecht auszuüben, er sich zwar einen solchen Vertrag ansieht und durchliest, ihm aber zustimmt und zustimmen muß in dem guten Glauben, er werde entsprechend den Erfahrungen, die seine Vorgänger in der Fabrik mit solchem Vertrag gemacht haben, gerade so gut wie diese damit fahren. Meist sind ja auch die Fälle von Streitigkeiten und Unannehmlichkeiten, die zur Kenntnis der Allgemeinheit kommen, nur die Ausnahmen; es sind Ausnahmen, die meines Erachtens viel seltener sind, als es den Anschein hat, da es heute Mode geworden ist, Einzelfälle zu allgemeinen Fällen aufzubauschen und auf diese Weise zu wirken. (Sehr richtig!)

Meist liegen diese Fälle durchaus nicht so schreiend, und die Mißstände sind nicht so schroff und so schlimm, wie sie von den Beteiligten geschildert werden. Man muß dabei berücksichtigen, daß speziell in unserer chemischen Industrie sowohl die patentrechtlichen Fragen, wie auch die Karenzfragen ungemein heikle und schwierige sind. Sie können nicht nur von allgemeinen Gesichtspunkten aus gewürdigt werden, sondern müssen betrachtet werden nach Lage der Einzelverhältnisse der betreffenden Fabrik. Es kommt dabei sehr darauf an, wie die betreffende Fabrik ihre Geschäfte betreiben muß, ob sie Patente nehmen kann, oder besser, ihre Verfahren als Fabrikgeheimnisse bewahrt. Kurz, alles dies spielt eine so große Rolle, daß ich Sie dringend bitten möchte: Lesen Sie doch nicht solche Verträge, wie sie so häufig publiziert oder Ihnen zugänglich gemacht werden oberflächlich, nur dem nackten Wortlaut nach, sondern gehen Sie auf den Geist und Sinn der Verträge ein und berücksichtigen Sie die Fabrik, mit der sie geschlossen wurden.

Nun ist hier behauptet worden: „Es gibt Wucherverträge“. Nun, m. H., wenn der Vertrag ein Wuchervertrag ist, so ist er rechtlich ungültig, und es braucht ihn keiner zu halten. Weiter wurde gesagt: „Es gibt auch Verträge, die gegen die guten Sitten verstoßen“. Auch Bestimmungen gegen die guten Sitten sind rechtlich ungültig. Es ist ferner gesagt worden: „Die Kündigungsbestimmungen seien einseitig und daher zu bekämpfen“. M. H.! Die Kündigung ist auch gesetzlich geordnet und muß auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Verträge dürfen auch nicht auf einen längeren Zeitraum als 5 Jahre geschlossen werden, wie Ihnen dies alles zur Genüge bekannt ist. Das Streben der technischen Angestellten geht nun dahin, die Karenzzeit festzulegen und räumlich und zeitlich zu begrenzen. Da frage ich Sie, die Sie doch der chemischen Industrie entstammen: Können wir uns überhaupt räumlich begrenzen lassen, z. B. in der Farbenindustrie, wo wir die Welt beherrschen? Aber auch zeitlich können wir uns nicht beschränken auf drei Jahre, wie das für Handelsangestellte vorgeschrieben. Das gilt vielleicht in bezug auf allgemeine Betriebe, aber nicht für Spezialfabrikationen. Wenn das geschähe, so würden wir eine ganze Reihe wertvoller Fabrikgeheimnisse dem Auslande preisgeben, das nur darauf lauert, sie uns zu entreißen. Was wir aber verlangen können und müssen — und dahin werden wir kommen — auch ohne gesetzliche Bestimmungen durch persönliche Einwirkungen, die der Vorstand an sich schon in die Wege geleitet hat, daß, wenn eine Karenzzeit im ganzen Umfange verlangt wird, dafür eine Bezahlung gewährt wird und zwar in einer Höhe, welche dem Betroffenen gestattet, seinen Lebensunterhalt ohne Einschränkung zu bestreiten. Er schließt dann also einen Vertrag, der ihn zwar für eine bestimmte Zeit an die Fabrik bindet, über die Zeit hinaus aber nur verpflichtet, nicht in eine Konkurrenzfabrik einzutreten, ihm im übrigen frei und unabhängig läßt. Auch für die Karenzzeit erhält er dann eine ausreichende Bezahlung zugesichert. Geschieht das aber, bekommt der Karenzverpflichtete z. B. für drei Karenzjahre sein letztes Jahresgehalt weiter, so kann doch von einem Unrecht keine Rede sein! Nun komme ich zum Ehrenwort. Welche Mittel hat

nun die Fabrik an der Hand, um dafür zu sorgen, daß die Karenzbestimmung, auch von denen, die die Fabrik verlassen, die sich in irgend einer entfernt gelegenen Ecke der Welt niederlassen, gehalten wird? Nach Ansicht vieler Industrieller gibt es da kein anderes Mittel als das Ehrenwort. Solche Ehrenwortsbestimmungen sind in einzelnen Verträgen enthalten und nicht nur von hervorragenden Juristen, wie auch von sachverständigen Chemikern, sondern auch gerade von Herren aus akademischen Kreisen, die bemüht sind, uns zu helfen, um die bezahlte Karenz durchzusetzen, als vollkommen berechtigt anerkannt worden.

M. H.! Was wollen wir aber mit dem hier vorliegenden Antrag? Wir im Vorstande haben ihn von vornherein mit großer Sympathie aufgenommen, der Vorstandsrat hat sich gestern eingehend damit beschäftigt, und er hat ihn einmütig, ich glaube sogar einstimmig, angenommen. Wir wollen einmal sehen, wie Herr Dr. Raschig mit Recht gesagt hat, ob denn tatsächlich die Verhältnisse so schlimm liegen, wie uns das immer von manchen Seiten geschildert wird. Daß die eigentlichen Techniker — eine ganz andere Klasse von technischen Angestellten, sowohl was Bildung als was Erziehung anbetrifft — eine Veränderung ihrer Situation erstreben, ist bekannt, aber auf das Niveau dieser Berufstechniker werden wir akademisch gebildeten Chemiker doch nicht hinuntersteigen. (Bravo!) Nicht nur die Chemiker, sondern auch die Ingenieure sind keine Techniker in diesem Sinne. Ich unterscheide dabei scharf die akademisch gebildeten Ingenieure von den auf Elementar-, Maschinen- und Bauschulen erzogenen Technikern. Daß der Verband dieser technischen Angestellten auch Forderungen bezüglich des Patentrechts aufgestellt hat, ist uns ja zur Genüge bekannt; aber wir in unserem Verein deutscher Chemiker, die wir wissenschaftlich und technisch gebildete Kreise umfassen wollen, die wir Chemie studiert haben nach allen Richtungen hin, wir sollten es uns doch recht reiflich überlegen, ehe wir die große Glocke läuten und Sturm rufen, wir sollten doch erst prüfen, ob die Verhältnisse wirklich so schlimm sind, wie sie geschildert werden, oder ob es sich dabei nicht ausschließlich um Ausnahmen handelt. Soviel ich unterrichtet bin, sind es nur die Ausnahmen, und die Ausnahmen bestätigen immer die Regel. Die Regel aber ist nach meiner Meinung, daß das Vertragsverhältnis und das Verhältnis zwischen Angestellten und Fabrikbesitzern ein gutes und erfreuliches ist. (Bravo!)

Ihr Beifall bestärkt mich in meiner Auffassung und jeder von Ihnen, der in irgend einer Stellung steht, wird mir das zugeben. Was sind denn die Fabrikdirektoren? Ich bin auch ein solcher Direktor. Bin ich nicht der Kollege meiner Angestellten? (Bravo!) Ich fühle mich mit meinen sämtlichen Chemikern freundschaftlich verbunden, trage gern mit Ihnen Freud und Leid. Suchen wir nicht alles zu tun um allen billigen Ansprüchen gerecht zu werden? Aber alle Wünsche lassen sich nun einmal nicht befriedigen, alle Menschen lassen sich nicht zufrieden stellen.

Was nun die Patentfrage anbetrifft, so spielt da der spiritus loci in der chemischen Industrie eine unglaublich große Rolle. Die Firmenerfindung ist häufiger, als die meisten Herren wissen, die nie

innerhalb der Mauern einer großen Fabrik gearbeitet haben. Die Kameradschaft, die geistige Sphäre, Bildungsmittel, technische Hilfsmittel, das alles übt einen großen Einfluß auf den Erfindetrieb aus. Wenn sich dabei jemand nicht genügend für eine Erfindung belohnt fühlt, wie das zuweilen vorkommt, so ist das begreiflich, aber wer in jedem Falle Recht hat, ist außerordentlich schwer zu entscheiden. Wir möchten Sie also bitten, unseren Vorschlag anzunehmen. Lassen Sie aber um Gottes Willen für jetzt und für alle Zukunft das vorgeschlagene Schiedsgericht fallen. Abgesehen davon, daß, wie ich glaube, wir überhaupt keine Leute finden werden, die sich dazu hergeben wollen, sich mit solchen heiklen Fragen zu befassen, möchte ich wissen, was mit dem geschehen soll, der sich nicht unter das Schiedsgericht stellt. Soll der etwa, der nicht unter die Knute des Schiedsgerichts kriecht, boykottiert oder gebrandmarkt werden? Wir in der chemischen Industrie, die wir viel mit Rechtsfragen zu tun haben, verwerfen heute schon eo ipso jedes Schiedsgericht. Die Schiedsgerichte sind vor allem nicht in diesen Dingen das geeignete Mittel, Recht zu sprechen, sondern wir haben dafür die ordentlichen Gerichte, die auf Grund der Gesetze entscheiden, und an die wollen wir uns halten. Unser Antrag bezw. der Antrag des Oberrheinischen Bezirksvereins, der ja mit dem gestrigen Tage unser Antrag geworden ist, will nichts weiter als Material sammeln, als die Möglichkeit der Rechtsbelehrung geben. Oft beruhen solche Differenzen nur darauf, daß ein Gesetzesparagraph unrichtig verstanden ist, oder daß die Bestimmungen hinfällig sind, weil sie gegen gesetzliche Bestimmungen oder gegen die guten Sitten verstoßen. Ich bin überzeugt, in solchen Fällen will ein Brief an den betreffenden Fabrikbesitzer genügen, und solche Klauseln werden abgeändert werden. Es kommt also für uns darauf an, daß wir versuchen, in gewisser Weise versöhnlich zu wirken, damit wir keine Gegensätze in unserer Industrie und in unserem Stande haben, sondern daß wir versuchen, eins zu sein wie in allen Dingen, so auch in dieser Vertragsfrage. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender: Herr Prof. Hummel, wollen Sie Ihren Antrag aufrecht erhalten?

Prof. Hummel: Ich hätte gern den Gegenantrag gestellt, dem Vorstände zu überlassen, im Laufe des nächsten Jahres Mittel und Wege zu finden, um diese Frage befriedigend zu lösen. Ich glaube, daß man diesen Gegenantrag gegen den Antrag des Oberrheinischen Bezirksvereins zulassen könnte, da ja dadurch die Sache viel einfacher und viel mehr im Sinne des geschätzten Herrn Vordrners erledigt würde.

Ich darf vielleicht den Antrag formulieren?

„Der Verein deutscher Chemiker ersucht den Vorstand, in seinem Schoße im Laufe des nächsten Jahres zu erwägen, wie Mittel und Wege gefunden werden können, um den Antrag des Oberrheinischen Bezirksvereins zu erledigen.“

Vorsitzender: Ich erteile dem Referenten das Schlußwort.

Dr. F. Raschig: Ich hatte die Absicht, nach den wirkungsvollen Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Duisberg auf das Schlußwort zu verzichten; aber nun möchte ich doch noch eine kurze

Äußerung machen, und zwar, um Herrn Dr. Hummel mitzuteilen, daß alles das, was er will, in dem Antrage des Oberrheinischen Bezirksvereins enthalten ist, dessen Schlußsatz lautet:

„Es wird daher der Hauptvorstand ersucht, die Anstellung eines rechtskundigen Beirates in Erwägung zu ziehen.“

Sie sehen, der Antrag ist so vorsichtig, wie nur möglich, abgefaßt; das ist keineswegs eine gebundene Marschroute, das ist weiter nichts, als die Bitte an den Vorstand, einen Versuch zu machen, die Frage anzuschneiden und vielleicht in dieser Richtung zu wirken. Ich würde es wirklich sehr begrüßen, wenn der Antrag einstimmig angenommen würde, und ich glaube, sogar Herr Prof. Hummel kann, wenn er den letzten Satz aufmerksam liest, für den Antrag stimmen.

Prof. Hummel: Ich kann meinen Antrag deshalb nicht zurückziehen, weil ich in dem Antrage des Oberrheinischen Bezirksvereins prinzipiell die Zustimmung zur Anstellung eines juristischen Beirates erblicke, und weil ich unter allen Umständen gegen die Anstellung eines juristischen Beirates bin.

Vorsitzender: Ich bringe zuerst den Antrag des Herrn Prof. Hummel zur Abstimmung, weil er der weitgehendere ist. — Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt.) Der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr komme ich zur Abstimmung über den Antrag, wie ihn der Vorstand und der Vorstandsrat vorgelegt hat.

Der Antrag wird gegen 2 Stimmen angenommen.

11a. Antrag des Bezirksvereins Frankfurt:

Der Verein deutscher Chemiker beauftragt den Geschäftsführer, bei Streitigkeiten zwischen Versicherungsgesellschaften und Vereinsmitgliedern die Interessen der letzteren zu wahren, eventuell unter Zuziehung von Sachverständigen.

Prof. Freund: M. H.! Zur Begründung dieses Antrages ist ja nicht viel zu sagen. Es sind ja seinerzeit von unserem Vorstände Verträge mit einigen Versicherungsgesellschaften geschlossen worden, und es dürfte sich wohl empfehlen, daß seitens unserer Mitglieder diese Versicherungsgesellschaften bevorzugt werden, da darin eine Möglichkeit gegeben ist, daß seitens unseres Vorstandes zugunsten unserer Mitglieder da eingegriffen wird, wo der Vorstand der Ansicht ist, daß tatsächlich eine Unkulanzen der Versicherungsgesellschaften vorliegt. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Prof. Dr. C. Duisberg: M. H.! Dieser Antrag ist ja eine Ergänzung dessen, was der vorhergehende Antrag eigentlich gewollt hat, nur in ganz anderer Beziehung. Nun ist gestern zur Mitteilung und Aussprache gekommen, daß der Verein, wie Sie ja aus dem Haushaltsplan gesehen haben, Mitglied des Haftpflichtschutzverbandes ist. Als Mitglied des Haftpflichtschutzverbandes steht uns aber ein Anspruch auf Raterteilung in allen solchen Fragen zu. Wenn Sie also solche Streitigkeiten mit Versicherungsgesellschaften haben, so teilen Sie die-

selben bitte dem Vorstände mit, der wird sie sofort dem Geschäftsführer des Haftpflichtschutzverbandes übermitteln, und ich weiß, daß eine ganze Menge Streitigkeiten und Wünsche auf diese Weise geordnet sind, und daß die Versicherungsgesellschaften sehr geneigt sind, dem Haftpflichtschutzverband gegenüber, der eine mächtige Vereinigung ist, nachzugeben. Sollte sich so keine Einigung erzielen lassen, so werden wir natürlich auch unserem Rechtsbeistand derartige Fragen unterbreiten können.

Vorsitzender: Ich schreite zur Abstimmung.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme des Antrages.

13. Antrag des Märkischen Bezirksvereins:

Der Verein deutscher Chemiker möge beschließen, daß der Hauptvorstand sowohl bei dem Reichstage als auch bei den Landtagen der Bundesstaaten baldmöglichst dahin vorstellig wird, daß entsprechend dem bereits auf der Hauptversammlung zu Mannheim 1904 einstimmig angenommenen Antrag „in den Ministerien die Bearbeitung der für die chemische Industrie und den Chemikerstand wichtigen Fragen Chemikern übertragen wird“; gleichzeitig soll der Hauptvorstand ersucht werden, sich mit solchen Abgeordneten, welche für die vorstehende Frage Interesse haben, direkt in Verbindung zu setzen, um hierdurch die Annahme des Antrages zu fördern.

Vorsitzender: Dieser Gegenstand ist gestern vom Vorstandsrat von der Tagesordnung abgesetzt worden, und zwar nach sehr langer und eingehender Erwägung. Wir haben uns speziell, nachdem dieser Antrag eingegangen und bereits auf die Tagesordnung gesetzt war, nochmals bei einer Anzahl von Ministerien erkundigt und haben überall den guten Rat bekommen, ein Vorgehen sei zwecklos. Übrigens würden ja überall Chemiker zugezogen, mehr könnten wir nicht erreichen, wir sollten nicht Anträge stellen, die keinen Zweck haben und nicht durchgehen. Mit Rücksicht hierauf hat gestern der Vorstandsrat diesen Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.

14. Antrag des Bezirksvereins Pommern:

Der Vorstand des Hauptvereins wolle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken suchen, daß den Chemikern, die dem Verein deutscher Chemiker angehören, von den Unfallversicherungsgesellschaften die Infektionsklausel zugestanden werde.

H. Meyer-Pommerensdorf-Stettin: M. H.! Der Antrag hat den Verein deutscher Chemiker bereits vor 2 Jahren beschäftigt, und ich glaube, daß wir denselben kurz annehmen können. Es handelt sich darum, die Versicherungsgesellschaften zu veranlassen, uns Chemikern, ebenso wie den Ärzten und Tierärzten, die Infektionsklausel zuzugestehen. Der Vorstand hat gestern beschlossen, nachdem die Sache schon 2 Jahre geruht hat, energische Maßregeln zu ergreifen.

Vorsitzender: M. H.! Dieser Antrag war ja schon vor 2 Jahren auf der Tagesordnung, und ich

muß gestehen, daß — zum Teil mit durch meine Schuld — nichts mehr in der Sache geschehen ist. Damals kam ein Brief des Vorsitzenden des Haftpflicht- und Versicherungsschutzverbandes, Herrn Geh. Reg.-Rat Dr. Böttiger, worin er mitteilte, eine Versicherungsgesellschaft habe diese Infektionsklausel angenommen, infolgedessen müßten es auch die anderen tun. Inzwischen hatten wir aber keine weiteren Nachrichten erhalten, und es ist der entgegenkommende Beschluß von der Versicherungsgesellschaft wieder zurückgezogen worden. Wir haben aber die Sache in die Hand genommen und wieder einen Brief von Herrn Geheimrat Dr. Böttiger bekommen, den ich zu verlesen bitte.

Geschäftsführer Dr. G. Keppeler: Die Sache war so weit in die Wege geleitet, daß der Verband der in Deutschland arbeitenden Unfallversicherungsgesellschaften eine Kommission zur Bearbeitung dieser Frage eingesetzt hat, und mit Bezug darauf teilt uns der deutsche Haftpflicht- und Versicherungsschutzverband, der uns in der Durchsetzung des im vorliegenden Antrag zum Ausdruck gebrachten Wunsches unterstützt hat, folgendes mit:

Elberfeld-Köln, den 5./6. 1906.

An den

Verein deutscher Chemiker,

Darmstadt.

Wir nehmen Bezug auf die Korrespondenz mit unserem Herrn Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Böttiger, betreffend die Infektionsklausel der Chemiker, und beehren uns Ihnen mitzuteilen, daß die Frage der Gewährung dieser Klausel an die Chemiker in der nächsten Ausschusssitzung des Unfallverbandes zur Sprache kommen wird, nachdem Herr Geheimrat Witzel in Bonn die Klausel für diese Zwecke neu redigiert hat. Wir haben darauf angefragt, wann diese Sitzung stattfinden wird, und welche Aussichten unsere Bestrebungen haben. Auf dieses Schreiben sind wir noch ohne Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Die Geschäftsstelle

des deutschen Haftpflicht- und Versicherungsschutzverbandes.

gez. Dr. Moldenhauer.

Sie sehen, im Gange ist die Sache, und ich glaube, Sie können es dem Vorstände überlassen, die weiteren Schritte zur Erledigung der Sache zu tun.

H. Meyer: Sollte der Vorstand bei den Unfallversicherungen kein Gehör finden, so würde es sich empfehlen, daß wir, wie gestern vom Vorstand vorgeschlagen wurde, uns mit einer Petition an den Reichstag wenden.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Ich möchte noch eine Bitte an den Vorstand richten, die ich bereits gestern im Vorstandsrat ausgesprochen habe. Gerade dieser Antrag des Bezirksvereins Pommern hat uns im Märkischen Bezirksverein die Anregung dazu gegeben. Wir haben nicht recht gewußt, was wir aus diesem Antrag machen sollen. Es wurde in der Versammlung, in der wir über die ganze Tagesordnung beraten haben, gefragt: Was ist denn das für eine Klausel? und es wurde dann eine Anregung,

die ich mir schon im vorigen Jahre zu geben gestattetete, aufs neue besprochen: ob es sich nicht empfehlen würde, daß die Herren, bzw. die Bezirksvereine, die Anträge stellen, diese Anträge mit einer möglichst konzisen Begründung an den Herrn Geschäftsführer vielleicht in 25 Exemplaren gelangen lassen, und zwar möglichst früh, damit solche Anträge richtig verstanden und gründlich diskutiert werden können. Es ist gewiß schon vielen so ergangen, daß sie nicht den ganzen Umfang eines solchen Antrages erfassen, und daß Sachverständige im Schoße der einzelnen Bezirksvereine nicht zur Äußerung ihrer Meinung gelangt sind. Wenn meinem Vorschlage Folge gegeben würde, so würde dadurch auch vermieden, daß dem Vorstände eine neue Arbeit aufgebürdet wird. Für die Verhandlungen in den einzelnen Bezirksvereinen wäre es jedenfalls wichtig gewesen, wenn man das Material acht Wochen vorher gehabt hätte. Nur wenn man möglichst früh alles in Händen hat, kann der Vorstand des einzelnen Bezirksvereins die Sache unter sich besprechen, und man ist in der Lage, wie wir es beispielsweise bei diesem Antrage des Bezirksvereins Pommern getan haben, sich an den Verein, von dem der Antrag ausgeht, direkt unter Umgehung des Geschäftsführers zu wenden, um nähere Erkundigungen einzuziehen, wenn dies auch vielleicht satzungsgemäß nicht ganz richtig ist. — Wie gesagt, ich möchte diese Anregung an den Vorstand richten, und ich glaube, man wird mir zugeben, daß sie zweckmäßig ist.

Geschäftsführer Dr. G. K e p p e l e r: Ich bin für die Anregung des Herrn Geheimrat Dr. L e h n e sehr dankbar, muß aber darauf aufmerksam machen, daß diese Anregung, soweit es im Rahmen unserer bisherigen Satzungen möglich war, schon vollauf erfüllt ist. Es ist nämlich in dem im März versandten Rundschreiben, worin die Bezirksvereine zur Einreichung der Anträge aufgefordert wurden, gleichzeitig gebeten worden, daß sie doch vor Ablauf der statutenmäßigen Frist ihre Anträge einreichen möchten, weil erfahrungsgemäß oft Rückfragen von anderen Bezirksvereinen einlaufen. Trotzdem war ich nicht in der Lage, die Anträge früher bekannt zu geben, weil ich selbst, obwohl ich von einigen Anträgen wußte, daß sie bestimmt gestellt wurden, acht Tage vor dem satzungsgemäßen Termin den Wortlaut einer ganzen Anzahl von Anträgen, die heute auf der Tagesordnung stehen, noch nicht kannte.

Was nun den speziellen Fall betrifft, so muß ich Herrn Geheimrat Dr. L e h n e sagen, daß die Leiter seines Bezirksvereins bedauerlicherweise nicht sehr gut orientiert scheinen; denn das ganze Material befindet sich in dem Berichte über die Hauptversammlung Mannheim vom Jahre 1904, wo derselbe Gegenstand bereits auf der Tagesordnung stand.

Geheimrat Dr. L e h n e: Nur ein ganz kurzes Wort noch zur Erwiderung. Ich glaube, ich bin von unserem Herrn Geschäftsführer mißverstanden worden. Daß wir uns orientieren können, wenn wir in den alten Berichten über unsere Hauptversammlungen nachlesen, hat wohl niemand bezweifelt. Was ich bezweckte und was ich nochmals anregen möchte, ist, daß sich unser Geschäftsführer die

Mühe gibt, im Einvernehmen mit dem Bezirksverein, welcher die Anträge einbringt, einen konzisen, kurzen Bericht beizufügen, der alles zum Verständnis Erforderliche in möglichst knapper Fassung enthält. Ich glaube, dagegen wird sich nichts einwenden lassen. Wenn der Herr Geschäftsführer besonders darauf aufmerksam machte, daß die Anträge ja satzungsgemäß vier Wochen vor der Hauptversammlung versandt worden sind, so glaube ich, wird niemand von den Herren einen Vorwurf gegen den Herrn Geschäftsführer aus meinen Ausführungen herausgelesen haben. Ich habe ausdrücklich gesagt: es ist eine Anregung zu einer Änderung. Die Satzungen verpflichten den Herrn Geschäftsführer zur Veröffentlichung der Anträge vier Wochen vor der Hauptversammlung. Das hat er pflichtgemäß getan. Was ich anregen wollte, ist, daß die Anträge möglichst vor diesem letzten Termin, vielleicht schon acht Wochen vorher, an den Herrn Geschäftsführer nebst einer Erläuterung in einer für alle Bezirksvereine ausreichenden Anzahl von Exemplaren eingereicht werden, so daß er nur nötig hat, eine Dreipfennigmarke darauf zu kleben und sie an alle Bezirksvereine weiterzugeben. Dann können sich diejenigen, die ein besonderes Interesse für die Anträge haben, rechtzeitig orientieren.

V o r s i t z e n d e r: Die Anregung ist durchaus gut, und ich kann sie den Bezirksvereinen nur empfehlen; bitte, m. H., handeln Sie auch danach, bringen Sie möglichst früh Ihre Anträge ein, und zwar gleich vervielfältigt, mit einer kurzen Motivierung, damit sie sofort an sämtliche Bezirksvereine versandt werden können!

Dir. Dr. S c h e i t h a u e r: Da der Vorstand in Aussicht gestellt hat, daß im nächsten Jahre schon die Satzungen geändert werden, so möchte ich bitten, daß darauf Rücksicht genommen und der Termin vielleicht auf acht oder zwölf Wochen festgesetzt wird.

V o r s i t z e n d e r: Wir sind von unserem ursprünglichen Antrage abgekommen. Wünscht noch jemand zu diesem Antrage des Bezirksvereins Pommern das Wort?

Ich kann nur versichern, daß der Vorstand sich der Sache annehmen wird. Ich muß zugeben, daß ich mich einer Unterlassungssünde schuldig gemacht habe. Mein sehr tatkräftiger Nachfolger wird sich der Sache wohl annehmen.

Da das Wort hierzu nicht weiter verlangt wird, erkläre ich den Antrag für angenommen.

Wir kommen zum letzten Gegenstand unserer Tagesordnung.

Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Ich bitte Herrn Dr. W i r t h, das Referat über das Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen, das nicht auf der Tagesordnung steht, zu erstatten.

In Abwesenheit des leider erkrankten Referenten, Herrn Dr. Karl Goldschmidt-Essen, verliest Herr Dr. W i r t h nach einigen einleitenden Worten dessen Bericht über die vorliegende Frage.

M. H.! Vor zwei Jahren in Mannheim beauftragten Sie auf Anregung des Rheinisch-westfälischen Bezirksvereins Ihren Vorstand, bei den

Regierungen der deutschen Bundesstaaten dahin zu wirken, daß gegen den Zuzug mangelhaft vorgebildeter Ausländer zu unseren deutschen Hochschulen Vorkehrungen getroffen werden, daß vor allem Ausländer nur insoweit zugelassen werden sollen, als die Plätze nicht von deutschen Studenten beansprucht werden. Im vorigen Jahre in Bremen konnte ich Ihnen berichten, daß unsere deutschen Regierungen im großen und ganzen im Sinne unserer Mannheimer Resolution bemüht waren, Vorkehrungen zu treffen, und daß auf einer Anzahl Hochschulen unsere Wünsche auch volle Befriedigung gefunden haben. Es fehlt in diesem Jahre an Stoff für ein Referat, ich muß mich darauf beschränken, auf meine Ausführungen in Mannheim und Bremen zu verweisen und kann heute nur an Hand einiger Zahlen Ihnen zeigen, daß unsere Bemühungen bisher insofern noch von einem geringen Erfolge gekrönt sind, als die Zahl der Ausländer eine Abnahme noch nicht gefunden hat, wenngleich wir mit Freuden feststellen können, daß Ausländer als Hörer, also mangelhaft vorgebildete Ausländer, teilweise gar nicht und teilweise in nur sehr geringem Maße zugelassen werden. So betrug an unseren neun, resp. zehn technischen Hochschulen — Danzig ist erst im Wintersemester 1904/05 eröffnet worden — die Zahl der Ausländer im Wintersemester 1903/04 2569, darunter 161 Hörer, im Sommersemester 1904 2317 mit 152 Hörern, im Wintersemester 1904/05 2537 mit 159 Hörern, im Sommersemester 1905 2329 mit 129 Hörern. Sie sehen, die beiden Wintersemester zeigen fast ganz gleichen Ausländerbesuch. Immerhin ist eine merkliche Abnahme der ausländischen Hörer zu verzeichnen. Ob sie als eine dauernde angesehen werden kann, läßt sich natürlich noch nicht sagen. Für das Winterhalbjahr 1905/06 habe ich bisher die Zahlen nur aus Berlin, Danzig und Dresden erhalten können. Es ist dabei leider eine sehr beträchtliche Steigerung der Ausländer festzustellen. Während an diesen drei Hochschulen im Wintersemester 1904/05 633 Ausländer studierten und im Sommersemester 1905 576, waren es im Wintersemester 1905/06 699. Die Gesamtzahl der auf technischen Hochschulen und Universitäten studierenden Ausländer ist noch unverändert, fast genau 6000 unter einer Gesamtzahl von 73 356, also ca. 8%. Das würde wenig Bedenken erregen, wenn die Verteilung eine gleichmäßigere wäre, wenn vor allem nicht die Russen einzelne wenige Hochschulen bevorzugten, an welchen sie in einer bedenklichen Massenhaftigkeit auftreten und sich von ihren deutschen Kommilitonen vollkommen abschließen. Die anormalen Verhältnisse, welche in den letzten Jahren in Rußland geherrscht haben, und der Einzug einer freieren Gestaltung der russischen Zustände wirken hoffentlich auch zurück auf die Organisation und den Besuch der russischen Hochschulen, so daß ein großer Teil derjenigen, die wir heute als Last hier empfinden, später in ihrem Vaterland Gelegenheit

finden, ihren Studien obzuliegen, und daß zu uns nur die auserwählten und besten kommen, die nicht durch politische Verhältnisse zu uns getrieben werden, sondern durch den Drang, deutsche Wissenschaft und deutsches Wesen kennen zu lernen und zu studieren. Wir werden dann von den zahlreichen ausländischen Besuchern unserer Hochschulen statt wie jetzt mit Sorge, mit Freude und Genugtuung sprechen können. Daß diese Zeit bald komme, ist mein und, wie ich weiß, auch Ihr dringendster Wunsch.

Vorsitzender: Wünscht sonst noch jemand das Wort zu nehmen?

Dr. H. Alexander-Berlin: Nachdem der Vorstand den Antrag des Märkischen Bezirksvereins aus Gründen abgesetzt hat, die dem Bezirksverein vorher nicht bekannt waren und ihm auch nicht bekannt gegeben wurden, nachdem der Antrag eingereicht war, wollte ich mir nur erlauben, folgendes zu den Akten des Vorstandes zu geben:

„Der Vorstand des Vereins deutscher Chemiker möge den Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes ersuchen, an geeigneter Stelle baldigst dahin wirken zu wollen, daß in den Ministerien der Bundesstaaten Chemiker als Dezenten für chemische Angelegenheiten angestellt werden“.

Vorsitzender: Der Vorstand teilt Ihnen mit, daß, wie Sie gehört haben, für das nächste Jahr eine Satzungsänderung für dringend nötig erachtet wird. Der Vorstand wird aus den Herren eine Kommission auswählen. Ich bitte Sie, es dem Vorstand zu überlassen, diese Satzungsänderungen vorzubereiten.

Prof. Dr. C. Duisberg: Ich möchte Ihnen noch kurz Mitteilung machen von einem Briefe, der sich auf etwas bezieht, wovon wir heute schon gehört haben: auf die Perkinfeier in London. Es liegt eine Einladung des Chairman of the executive Committee vor, der uns bittet, doch in der heutigen Versammlung bekannt zu geben, daß am 26. und 27. Juli in London das fünfzigjährige Bestehen der Farbenindustrie gefeiert werden soll. Er hoffe, daß eine große Zahl deutscher Chemiker nach London komme.

Es wäre sehr zu wünschen, daß sich wenigstens die Farbenchemiker recht zahlreich zusammenfinden, um über den Kanal hinüber auch auf diesem Wege die Bruderhand zu reichen und die Beziehungen zwischen den beiden Brudervölkern bessern zu helfen, wie das ja auch schon von den kaufmännischen Korporationen angestrebt worden ist. — Also auf recht zahlreiches Wiedersehen in London.

Hofrat Dr. H. Caro: M. H.! Vor Schluß der Sitzung liegt uns noch die Erfüllung einer Ehrenpflicht ob. Gestatten Sie mir in Ihrer aller Namen, unserem hochverehrten Herrn Vorsitzenden, dem Vorstände und der Geschäftsführung für die sorgfältige Vorbereitung und vorzügliche Leitung der heutigen interessanten Verhandlungen den Dank darzubringen. Ich bitte Sie, sich zum Zeichen des Dankes von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.)

Schluß der Sitzung um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr. G. K.